

# Soczialarbeiter-Zeitung

Nr. 7  
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Berbandes

Berlin,  
18. Februar 1928

Gehemt wöchentlich am Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt normal 50 Pfennig. Zu bezahlen durch lärmlose Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2  
Berlin: Emil Bonnwald 6246.

Gehaltssonegen lassen die technisch gehaltene Millimeterzeile oder deren Raum 1,20 Meter Arbeitsermittlungen 50 Pfennig. Verbandsangelegenheiten lassen 80 Pfennig die Millimeterzeile.

## Die Zugung des Lohnamtes.

Drei arbeitsreiche Tage sind auf die Lohnverhandlungen verwendet worden, die am 10. Februar in der zehnten Abendstunde mit der Unterzeichnung des Schiedsspruches beendet waren, den wir unten im Wortlaut folgen lassen.

Der Modus unserer Lohnverhandlungen ist im wesentlichen durch den Mantelvertrag vorgeschrieben. Es handelt sich um ein Kompromiß zwischen zentralen und bezirklichen Verhandlungen mit allen Mängeln, die einem Kompromiß anhaften. Wir haben volles Verständnis für den Stossenfz der unparteiischen Vorstehenden des Lohnamtes, der bei einer Gelegenheit die Parteien beschwore, doch dafür zu sorgen, daß im Interesse des künftig als unparteiischen fungierenden Herrn ein anderer Verhandlungsmodus gefunden werde. An den Arbeitervertretern wird es nicht liegen, wenn dieser Wunsch zur gegebenen Zeit noch nicht erfüllt sein sollte.

Die Vorschriften des Mantelvertrages sind übrigens nicht so stark, als daß sie nicht, wenn auch nur in beschränktem Rahmen, gewisse Abweichungen von dem einmal gewählten Schema gestatten würden. Diesmal verständigen sich die Zentralvorstände dahin, daß zunächst die Vertreter der Bezirksparteien vor den Vorständen verhandeln. Es wurde ein Gremium gebildet, bestehend aus je vier Vertretern jeder Partei. Auf deren Erfuchen übernahm der Unparteiische, Prof. Dr. Brahn, schon hier den Vorsitz. Vor dieser Körperschaft erschienen die Vertreter der Bezirksparteien. Die Vertreter der Arbeiter begründeten ihre Forderung auf 15 Prozent Lohnerhöhung, wobei des öfteren betont wurde, daß, wenn es nach dem Willen der Kollegen gegangen wäre, eine höhere Forderung erhoben worden wäre.

Schon in der Vorbesprechung der Zentralvorstände hatte der Arbeitgeberverband seine Forderung überreicht. Von einer Herabsetzung der vertraglichen Stundenlöhne, die von verschiedenen seiner Bezirke verlangt wurde, wollte der Arbeitgeberverband absiehen, dagegen forderte er eine Revision der Akkordsätze in der Weise, daß nicht mehr als 15 Prozent über dem Vertragslohn verdient werden. Die seitherigen Vertragslöhne sollten also bestehen bleiben, aber mit einer Ausnahme: der Echlohn in Köln sollte um 3 Pf. herabgesetzt werden, um ihn dem Hamburger Lohn anzugeleichen. Im übrigen sollten die Lohnabkommen ein Jahr weiter gelten mit der Maßgabe, daß die Kündigungsfrist auf drei Monate verlängert wird.

Im Sinne dieser Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes waren die Antworten gehalten, die von seinen Bezirksvetretern auf den Vortrag der Forderung unserer Kollegen gegeben wurden. Solche Verhandlungen sind unvermeidlich, und es ist schließlich gleichgültig, ob sie im Bezirk oder an der Zentralstelle geführt werden. Das sind aber nur Vorbereitungen, denen bei ernsten Verhandlungen der Streit um die Pfennige folgt. So weit kam man aber hier nicht. Der Tenor der Erklärungen der Unternehmer war: Wir können nichts bewilligen, eigentlich müßten wir einen Abbau der Löhne fordern. Diese Szene wurde mit wechselnden Personen den Vertretern der Zentralvorstände achtzehnmal vorgeführt. Bis zum Mittag des vierten Verhandlungstages währte dieser wenig fruchtbare Alt der Verhandlung.

Schwieriger gestaltete sich der zweite Alt, bei dem nur wenige Personen mitwirkten. Hier zeigte sich das unliegbare Geschick des Unparteiischen. Seine Aufgabe war es, eine Brücke zu finden zwischen den bisher von den Parteien eingenommenen Stellungen. Zu dem Zweck verhandelte er mit den Vertrauensmännern der Parteien, und zwar zunächst mit jeder Partei besonders, dann mit beiden zugleich daran jeder gesondert und so fort. Schließlich hat er es so weit gebracht, daß das von den Unternehmern angerufene Lohnamt am dritten Verhandlungstage zusammenkriegen konnte.

Das Lohnamt wird nach den vertraglichen Bestimmungen aus ständigen und unständigen Mitgliedern zusammengesetzt. Diese letzteren wechseln bei den Verhandlungen über jeden Bezirk; sie sind somit die eigentlichen Vertreter des zur Verhandlung stehenden Bezirks. Weitere Parteivertreter wurden in diesem Stadium der Verhandlung nicht mehr zugezogen. Jeder der 18 Bezirke wurde aufgerufen, ihre Vertreter nahmen im Lohnamt Platz. Es wurde verhandelt, und zum Schluss verkündete der Unparteiische den Schiedsspruch. Die 18 Schiedssprüche wurden schließlich zusammengefaßt in der folgenden Form:

### Schiedsspruch des zentralen Lohnamtes für das deutsche Holzgewerbe vom 10. Februar 1928.

#### 1. Die tariflichen Echlähne erhöhen sich:

	von	ab 1. 10. 28	auf
Bayern .....	101 Pf.	107 Pf.	109 Pf.
Westfälisches Land .....	102 "	108 "	110 "
Prov. Brandenburg .....	84 "	90 "	93 "
Bremen .....	101 "	107 "	109 "
Dresden .....	92 "	98 "	100 "
Düsseldorf .....	110 "	116 "	118 "
Halle a. d. S. ....	99 "	105 "	107 "
Freistaat Hamburg .....	111 "	117 "	120 "
Hessen .....	110 "	116 "	118 "
Kassel .....	101 "	107 "	109 "
Köln .....	114 "	120 "	122 "
Lippe .....	91 "	97 "	99 "
Mannheim-Hafen .....	103 "	109 "	111 "
Niedersachsen .....	103 "	109 "	111 "
Freistaat Sachsen .....	103 "	109 "	112 "
Schlesien .....	84 "	89 "	92 "
Schleswig-Holstein .....	100 "	106 "	108 "
Württemberg und Hohenzollern .....	101 "	107 "	109 "

2. Alle bestehenden Stundenlöhne erhöhen sich um den Betrag, der sich aus der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Durchschnittslohn ergibt. Die Akkordsäge erhöhen sich im gleichen Prozentsatz.

3. Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 15. Februar 1929. Wird es nicht von einer der beiden Parteien 6 Wochen vorher, also erstmalig am 3. Januar 1929, bis abends 6 Uhr schriftlich gekündigt, so behält es jeweils weitere 6 Wochen seine Gültigkeit.

Die Parteien haben sich gegenseitig bis zum 24. Februar 1928, mittags 12 Uhr, zu erklären.

Berlin, den 10. Februar 1928. ged. Brahn.

Der Inhalt dieses Schiedsspruches bleibt wesentlich hinter den Forderungen unserer Kollegen zurück. Eine gründliche Prüfung hat, da diese Zeilen wenige Stunden nach der Fällung des Schiedsspruches in Druck gehen müssen, durch die zuständigen Vertreter des Verbandes noch nicht stattgefunden. Ohne deren Entscheidung vorzugeben, müssen wir sagen, daß kein materieller Inhalt und seine Auswirkung, wie sie bei einer vorläufigen Betrachtung zu übersehen ist, nicht befriedigen kann. Von unseren Kollegen war sehr nachdrücklich verlangt worden, ein Lohnabkommen für eine kürzere Frist, höchstens für ein halbes Jahr, zu treffen; der Unparteiische hat den Argumenten der Unternehmer, die eine möglichst lange Bindung erstreben, größeres Gewicht beigemessen. Der Schiedsspruch sieht wieder einjährige Geltung vor. Hinsichtlich der Kündigungsfrist ist ein Mittelweg zwischen unserer Auffassung und der der Unternehmer gewählt worden. Das Lohnabkommen muß sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden. Unterbleibt die Kündigung, dann gilt es nicht wie bisher sechs Monate, sondern nur sechs Wochen weiter.

Wir beschränken uns für heute auf diesen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und ihr Ergebnis. Da die Erklärungsfrist bis zum 24. Februar läuft, werden die Kollegen im Reich Gelegenheit finden, zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

## Ein Vorstoß gegen den Achtstundentag.

In der kürzlich in Berlin abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes kam auch die Frage der Ratifizierung des internationalen Übereinkommens über den Achtstundentag zur Sprache. Bei dieser Gelegenheit erhob der Führer der englischen Textilarbeiter, Shaw, heftige Vorwürfe gegen die englische Regierung, welche die Ratifizierung verzögerte, obwohl in Großbritannien der Achtstundentag allgemein durchgeführt sei, machen die britische Regierung durch ihre dauernde Hinausschiebung der Ratifikation zum Vorlämpfer der internationalen Reaktion.

Man hat dieser Stelle in dem Bericht von der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine besondere Bedeutung beigegeben, denn im Grunde sind in dieser Hinsicht die Regierungen der Industrieländer einander wort, und ähnlich wie Shaw hätten auch andere Vertreter von ihrer respektiven Regierung sprechen können. Nun zeigt sich aber, daß es mit der von Shaw gegen die englische Regierung erhobenen Anklage doch eine besondere Bewandtnis hat. In der Anfang Februar in Genf eröffneten Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes in Genf stellte der Vertreter des britischen Arbeitsministeriums den Antrag, die Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 zu stellen. Zur Begründung dieses Antrages ließ die britische Regierung erklären, sie glaube, daß der Text des Washingtoner Übereinkommens etwas in der Eile und ohne genügende Erfahrung über die Auswirkung der Herabsetzung der Arbeitszeit festgelegt worden sei; sie sei deshalb der Meinung, daß nun der Augenblick gekommen sei, eine Revision des Übereinkommens vorzunehmen.

Dieser Antrag ist merkwürdig, nicht nur seines Inhalts und seiner Vergrößerung wegen, sondern auch im Hinblick auf die Stelle, von der er ausgeht. Das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag geht in seinem Ursprung zurück auf den Versailler Vertrag. In der Zeit, als die Vertreter der „alliierten und assoziierten Mächte“ in Paris über den sogenannten Friedensvertrag brüteten, seierten die sozialen Phrasen Triumphe. Die Arbeiter, die im Weltkrieg auf beiden Seiten das Gros der Kämpfer gestellt hatten, hatten aus dem Weltkrieg ein gewisses Selbstbewußtsein mitgebracht. Das Verlangen nach dem Achtstundentag war damals so allgemein, daß ihm die herrschenden Mächte, sowohl auf Seiten der Sieger wie auf der der Besiegten, nicht widerstehen konnten. In Deutschland und Österreich hatte die Arbeiterschaft die Zügel der Regierung ergriffen, und die Erfüllung der alten Arbeiterforderung nach dem Achtstundentag ergab sich daraus als Selbstverständlichkeit. Aber auch die herrschenden Mächte in den Siegerländern taten so, als läge ihnen das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen. Im Artikel 23 des Versailler Vertrages ist, wie ein Teil des Versailler Vertrages ist, wurde ausgesprochen, daß die Staaten „sich bemühen werden, billige und humane Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen und aufrechtzuhalten“. Und in der Einleitung zum Teil XIII des Versailler Vertrages, der von der „Arbeit“ handelt, wird erklärt, daß der Weltfriede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, und daß „die Nichtaufnahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der anderen, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen hemmt“.

Die Macher des Versailler Vertrages mögen wie die Auguren gelächelt haben, als sie diese Worte in das weltgeschichtliche Dokument aufnahmen. Aber zunächst tat man so, als ob alles ernst gemeint sei. Vom 29. Oktober bis 29. November 1919 tagte in Washington die erste Internationale Arbeitskonferenz. Die Schaffung des Übereinkommens über den Achtstundentag war eine schwere Geburt. Fünf Tage lang wurde darüber im Plenum der Konferenz beraten. Dann hat sich eine Kommission in zwölf Sitzungen damit beschäftigt. Die Schlüsse der Kommission wurden hierauf im Plenum wieder abgeändert, und schließlich wurde das zustande gekommene Werk mit allen gegen eine Stimme angenommen. Aus den Schwierigkeiten, die einer Einigung entgegenstanden, kann man schon schließen, daß es sich um ein Kompromiß handelt, in dem die Arbeitserfordernisse stark zurückgedrängt wurden. Tatsächlich haben wir an dem Inhalt des Washingtoner Übereinkommens mancherlei auszusezen. Nichtsdesto-

weniger würde seine Anerkennung und Durchführung einen Fortschritt bedeuten.

Das Schicksal des Übereinkommens zeigt deutlich, wie in den 8½ Jahren seit der Washingtoner Konferenz die Reaktion erstaunt ist. Die arbeitsfreundlichen Phrasen in dem Verfallenen Dokument sind nichts als Phrasen, und die herrschenden Mächte denken nicht daran, die den Arbeitern gemachten Versprechungen einzulösen. Immer wieder wurden Vorwände gesucht, um sich der lästigen Verpflichtung zu entziehen. Dabei schob jede Regierung die Schuld auf die andere. Im September 1924 trafen die Arbeitsminister von Deutschland, Frankreich, England und Belgien in Bern zusammen, und in einer der offensichtlich übergebenen Erklärung teilten sie mit, daß sie die Durchführung des Washingtoner Übereinkommens für wünschenswert erachteten, und daß sie eine gemeinsame Plättituation für möglich hielten.

Von dieser Möglichkeit machten sie aber keinen Gebrauch. Sie warteten vielmehr ab und hielten oberhalb Jahre später eine neue Konferenz. Im März 1928 fand in London eine Konferenz der Arbeitsminister der wichtigsten europäischen Industriestaaten. Sie beschäftigte sich nicht sowohl mit der Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens, als vielmehr mit seiner Auslegung. Das Ergebnis war eine Verständigung über eine Auslegung, mit welcher die Arbeiterschaft keineswegs einverstanden sein kann. Inzwischen ist das Washingtoner Abkommen in Belgien ratifiziert worden. In Frankreich ist es bedingungsweise ratifiziert, es soll in Kraft treten, sobald auch Deutschland und England ratifiziert haben. In Deutschland soll der Arbeitschuhgesetzentwurf, der zurzeit im Reichswirtschaftsrat beraten wird, die Ratifizierung vorbereiten, die aber nur für den Fall in Aussicht genommen ist, daß das gleiche auch in den anderen Ländern, insbesondere also in Frankreich und England, geschieht.

Die Ratifizierung hängt also im wesentlichen von England ab. Hier würde die Ratifizierung praktisch nicht die geringste Schwierigkeit machen, weil der Achtstundentag für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter tatsächlich gilt. Aber die konservative englische Regierung ist sehr stark abhängig von den Industriellen. Das hat sich schon bei manchen Gelegenheiten gezeigt. So während des großen Bergarbeiterstreiks, so auch bei der Änderung des Gewerkschaftsgesetzes, das die Regierung Baldwin auf Wunsch des Unternehmertums durchgesetzt hat. Nun hat die englische Regierung diesem Verhalten die Krone aufgesetzt durch ihren Antrag im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Vergeblich waren die Einwände und Proteste der Arbeiterveteranen im Verwaltungsrat. Mit Schärfe traten der Franzose Souhaig und insbesondere auch der deutsche Arbeiterveteraner Hermann Müller dem Antrag des englischen Regierungsvorstandes entgegen. Den Unternehmervertretern aus allen Ländern war der Gedanke einer Revision des Washingtoner Übereinkommens sehr sympathisch. Eröffnete sich ihnen doch die Aussicht, daß bei einer solchen Revision der Achtstundentag schließlich ganz unter den Tisch fällt. Natürlich wurden im Verwaltungsrat die Arbeiterveteranen überstimmt und der Antrag der englischen Regierung angenommen.

Das Spiel, das die Regierungen im Bunde mit dem Unternehmertum spielen, kann unter Umständen das ganze Internationale Arbeitsamt gefährden, dessen Bestand mit dem Washingtoner Abkommen eng verknüpft ist. Der Vorstoß, der hier unternommen wurde, darf unter dem Gesichtspunkt gewertet werden, daß die Reaktion in den Industrieländern den Boden unter den Füßen wanken fühlt und noch einheimsen will, was irgend möglich ist. Die Parteien stehen bevor. In Frankreich läuft das Mandat der Kammer im Mai ab. In Deutschland werden sich die Reichstagswahlen kaum viel weiter hinausschieben lassen, und auch in England muß mit einer baldigen Parlamentsauflösung gerechnet werden. Der Ausfall der Wahlen kann das politische Gesicht Europas stark verändern. Hoffen wir, daß die Arbeiter überall auf dem Posten sind, um der Reaktion die wohlverdiente Niederlage zu bereiten.

## Konflikte.

Von Wilhelm Sümann.

Nach der Reichsverschaffung dauert die Gesetzgebungsperiode des Reichstages vier Jahre. Von dem gegenwärtigen Reichstag darf man freuen, daß er sich mindestens seit dem Abtau des dritten Jahres seiner Lebensdauer im Wahlfieber befindet. Die kalte Temperatur hindert praktische Gesetzgebungsarbeit. Man macht dafür die Opposition verantwortlich, die verfeindungswütig die vierjährige Gesetzgebungsperiode abschlüsse sieht. Das ist ein unzureichter Vorwurf. Es gibt zwei von dem Willen der Oppositionsparteien, deren Führer die Sozialdemokratie in ganz unabhängige Erhebungen, die immer wieder auf baldige Reichstagswahlen bedrängen.

1. Sehr Gewalt- oder Gemeindewahl im Reich zeigt den großen politischen Erfolgsversuch der Rechtsparteien in den Wahlbezirken, und damit bedeutende politische Trennungsergebnisse an.

2. Technisch für Sorge des Reichstags ist ein neuer Vertrag für den freieren inneren Betrieb der Regierungskoalition, deren Parteien jetzt wieder bestrebt gegenüberzutreten.

Es kann zweck ein Parlament nicht jeweils nach den vier Jahren eine Neuwahl erneutem. Wenn aber in diesen Monaten jede Abstimmung im Stade eines großen politischen Unschlüssigkeitsstandort, und wenn gerade auch durch Rechtsparteien gegeneinander und Furcht vor dem Re-

wählen die Regierungsparteien zerstört, so ist die baldige Volksbefragung staatsbürgersche Pflicht. Nur so kann eine sozialistisch und auf weile Sicht arbeitende Regierungsgemeinschaft auf der Grundlage einer breiten Parlamentsmehrheit geschaffen werden.

Das sind die staatspolitischen Gründe, die unsere sozialdemokratische Opposition auf baldige Neuwahlen hindringen lassen. Dabei sind wir beherrscht genug, schädliche Störungen der Verwaltungsmaschine vermeiden zu wollen. Der Reichstag hat noch eine Aufgabe zu lösen: die Beratung und die Verabschiedung des Reichshaushalts für 1928. Das kann Ende März überstanden sein. Wenn dann der Reichs-

rat einen Einstweilen weicht, keine der streitenden Regierungsparteien durfte. Man darf nicht vergessen, daß in Schulfragen keine bürgerliche Partei so stark wie das Zentrum. Der Ruf: „Die katholische Schule in Gefahr!“ ist die Lösung, die ihr unter Führung der Herren Postoren und Kaplanen die Millionen katholischer Frauen stimmen am sichersten zuteilt.

Die zweite Explosionsstelle liegt zwischen Deutschnationalen und Zentrum. So einige Parteien in dem Willen sind unsere deutschen Volksschulkinder schon im zartesten Alter in konfessionell streng geschiedene Kirchenschulen zu schicken, so grundverschieden sind sie in ihrer Stellung zur Republik, zu deren sozialen Aufgaben und zur Außenpolitik. Das Zentrum fühlt sich durch Deutschnationale monarchistische Extratouren, durch deutschnationale kapitalistische Diktatoren und durch die doppelte Buchführung der Deutschnationalen in der Außenpolitik vor seinen katholischen Arbeitern so blockiert, daß es die Verbindung mit seinen schwärzbroten Koalitionsbrüdern möglichst noch vor den Wahlen lösen möchte. Der Traum der Deutschnationalen, eine geschlossene Bürgerfront gegen die Sozialdemokratie zu führen und dabei gleichzeitig auch auf den Ansturm der Kommunisten von links zu rechnen, wird sich schwerlicher stellen. Wie die Männer, die nach der Sage aus der Drachenstörf erwuchsen, werden die Regierungsparteien auf dem Kampfplatz der Reichstagswahlen gegeneinander stehen.

Dabei bleibt weitauß die undurchdringlichste und interessanteste Partei das Zentrum. Es erzielt unter der Rebellion katholischer Arbeitersassen, die ihren Verbündeten längst in der Sozialdemokratie, ihre Gegner auf dem rechten Flügel ihrer Partei und in den sozialreaktionären Rechtsparteien leben. Das Zentrum ringt seit Jahrzehnten unter immer schwierigeren Verhältnissen, deren Überwindung nur meisterhaftesten Taktikern möglich ist, mit dem Problem, alle Klassen der Gesellschaft unter einem politisch-sozialen Willen christlicher Volkstuktur zu vereinen. Ausgleich der gegensätzlichen Interessen in der Partei, im Staat und in der Gesellschaft — das ist Zentrumspolitik.

Dieses Gerede und Mühen um den „Ausgleich“ zwischen Trustmagnaten und Handlangern, zwischen Agrarfürsten und verelendeten Zwerghäuerlein, zwischen mammonistischen Großbankiers und verhungerten Sozial- und Kleinrentnern, zwischen Warenhausketten und winzigen Krämern hat wachsende Konflikte in der Zentrumspartei nicht hindern können. Triumphierend weisen die Zentrumsführer, so auch jetzt wieder, auf die „Lösung“ dieser Konflikte hin. In Wahrheit ist der Klassenkampf im Zentrum sowenig gelöst wie in der kapitalistischen Gesellschaft. Nicht so fröhlich wie die Zentrumschristen halten wir doch das Wort für richtig, daß Gottes Mühlen langsam mahlen, aber sicher. Wir halten die Versöhnung der Klassen in der jetzigen Wirtschaftsordnung für so unmöglich wie auf die Dauer eine „Volksgemeinschaft“ im Zentrum, und für so unmöglich wie christliche Kultur in einer Wirtschaftsordnung die mammonistische Gier an der Beleicherung erzeugen, und alle christliche Predigt wirkungslos machen muß.

Die sich immer wieder erneuernden Arbeiteraufstände im Zentrum sind älter, als viele von uns wissen. Sie gehen zurück bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Nie hat die gerissene christliche Nächstenliebe im Zentrum freiwillig den Arbeitern die Gleichberechtigung gewährt. Die katholischen Arbeiter haben sie in einem halben Jahrhundert in ihrer eigenen Partei erkämpfen müssen und haben sie bis heute noch nicht voll erreicht. In allen Parlamentsstätionen des Zentrums und in allen seinen Instanzen überwiegen Kapitalisten, Beamte, Bauern, Mittelständler an Zahl und an Einfluß weit die Arbeiter.

Man sagt mir in der Zentrumsprese nach, ich würde mit fanatischem Eifer um die christlichen Arbeiter. Ich weiß aber sehr genau, daß der männliche proletarische Anhang des Zentrums gar nicht mehr so entscheidend ist. Das Zentrum verdankt seine neue Festigung der Revolution, die ihr das Feuer in mir reicht und damit an die zwei Millionen Stimmen verschafft hat. Deren Wahltreue kann das Zentrum einstweilen wirtschaftlich, sozial, finanzpolitisch nahezu alles summieren, weil katholische Kirchenrechte, katholische Schule, katholische Ehe, katholisches Familienleben, katholischer Glaube an eine jenseitige Welt Denken und Empfinden dieser Millionen katholischer Frauen vorwiegend oder allein beherrschen. Darum glaubt kein Kenner des Zentrums an dessen baldigen Zerfall. Man unterschätzt uns, wenn man uns zutraut, wir orientierten unsere Politik an solchen Illusionen. Das Zentrum bleibt auf den Säulen des Frauenstimmrechts und der verbürgerlichten katholischen Kirche noch lange eine starke bürgerliche Partei, aber es wird das Unwachsen der Klassensolidarität und die Steigerung des sozialen Rebellenstums in den ihm noch anhängenden proletarischen Massen nicht hindern können.

Als der Bürgerblock sein Regierungswerk begann, was unter dem Segen des alten Hindenburg eines seiner Hauptziele, durch vermehrte Sozialpolitik uns Sozialdemokraten die Massen zu entzünden. Der Versuch — der niedelte mag es seit einem halben Jahrhundert gewesen sein — ist gescheitert. Rüsten wir uns darauf, im kommenden Wahlkampf zwei große Tatsachen — und Ideengebiete vor das Volk zu stellen: Deutschlands Befreiung durch eine feste unbedierte Verständigungspolitik mit Frankreich und dem Stiel eines geistigen Europas und den Freiheitskämpfen der Arbeiterklasse durch emanzipatorische rücksichtslose soziale Gegenwartspolitik mit dem unvergänglichen Ziel des Sozialismus.

Das wird die Konflikte in den bürgerlichen Parteien vertiefen, die Arbeitersassen einen und die Macht der Sozialdemokratie erhöhen.

## Die Trauermasken.



Wir haben ja die Faschingszeit! Herr Schiele ist zum Ultra bereit. Drum trägt er eine Rede vor: Verehrte Freunde, spürt das Ohr! Es ist die Landwirtschaft in Not! Und knabbert an dem Hungerbrot! Die Dinge sind zum Gotterbarmen! Wir sind die Ärmsten aller Armen! O, puinpt uns Geld, manch braunen Pappe! Die Steuern sind nicht zu berappen. Sie müssen uns gestundet werden! Als Bettler wandern wir auf Erden. Dem Arbeitermann, dem geht es gut. Weil man so vieles für ihn tut! Kann er Verdiente nicht besetzen! So kann er fröhlich stampeln gehn. Wir sagen voller Seelenreinheit: Sozial zu sein — ist 'ne Gemeinheit.'

Die Landwirtschaft im Körerchor! Sie singt sich Trauermasken vor. Man sah sie jammern, sah sie weinen, / Es war ein furchterliches Greimen! Doch zwischendurch — wer kann's verdenken? — Wird sie sich diese Maske schenken, / Diese will auch in Berlin der See. Dem Junker ausgezeichnet schmeckt. Und weiter spürt man Lust, die Frauen! Der Großstadt fröhlich zu beschauen.

Ja, solche Not ist schauerhaft! Was jedermann bedenken soll! Doch die Moral von der Geschichte: O, lustet eure Masken nicht!

Bonnig-Dudenhof

präsident, dessen Unterschrift zur Auflösung erforderlich ist, sich von der Notwendigkeit, die Wähler aufzurufen, überzeugt hat — trotz der Angstlosigkeit seiner Deutschnationalen Freunde — wird der Kampf um den politischen Willen Deutschlands beginnen können. Solche Erwägungen sind es die mit einer Reichstagsauflösung im Frühjahr und mit Neuwahlen im Mai oder im Juni rechnen. Eine Gewißheit gibt es natürlich nicht.

Zwei große Konfliktherde sind in der Regierungskoalition vorhanden.

Der eine ist der tiefe kulturrevolutionäre Gegenstand zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, der die Verabschiedung des Reichsforschungsgesetzes hemmt, vielleicht unmöglich machen wird. Eingeht es allein nach dem hohokapitalistischen Flügel der Deutschen Volkspartei, dem Wirtschafts- und Steuerpolitik wichtiger ist als liberale Schulideale von ehemals, so wäre sicher eine Einigung zwischen Volkspartei und Zentrum leicht. Die Partei Stresemanns kann sich aber natürlich nicht allein auf die zwar wirtschaftlich bedeutende, aber zahlenmäßig dünne Schicht der industriellen Wirtschaftskapitäne stützen. Sie hat die Basis ihres Anhangs in den kulturliberalen Kreisen der Intellektuellen und des liberalen Protestantismus, der im Gegensatz zu den Deutschnationalen orthodoxen Protestantismus steht und eben weit mehr hohe als die Sozialdemokratie „Rom“, also das Zentrum, will im Bündnis mit der evangelischen Orthodoxie bei den Deutschnationalen die Vorkriegszeit der Konfessionsvölkischule in allen Ländern des Reiches fortsetzen oder neu einführen. Die Volkspartei will in den Ländern (Baden, Hessen, Thüringen und einigen Landesteilen), wo jetzt die konfessionell gemischte, allgemein christliche Simultanischule herrschend ist, diesen Zustand

## Ohne Auslandanleihen keine lebhafte Bautätigkeit.

Der Wohlfahrtsminister Dr. Hirschfleißer hat vor einigen Tagen Erklärungen über den Stand und die Aussichten des Wohnungsbau's abgegeben, die außerordentlich befürwortend sind. In Preußen wurden im Vorjahr 170 000 Wohnungen gebaut, das sind 50 000 mehr, als planmäßig notwendig war. Dazu war ein Kapitalaufwand an öffentlichen und privaten Mitteln von 1,7 Milliarden Mark erforderlich. Nach vorsichtiger Berechnung werden 1928 aber höchstens 1,8 Milliarden Mark Baugelder und Hypotheken auszubringen sein. Hierzu muß man wahrscheinlich noch Abzüge machen für solche Bauten, die bereits in der Erwartung der kommenden Einnahmen aus der Hauszinssteuer im Vorjahr begonnen worden sind. Das Ergebnis ist also, daß unter allen Umständen Auslandskapital zur Finanzierung des Wohnungsbau's herangezogen werden muß. Das preußische Wohlfahrtsministerium steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß der Wohnungsbau zu den produktiven Ausgaben zu zählen ist, daß also für ihn in jedem Falle Auslandsgelder bereitgestellt werden müßten.

Nach dieser Erklärung erscheint das Verhalten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und der auf sein Betreiben eingesetzten Beratungsstelle für Auslandsanleihen doppelt verderbtlich. Noch immer hat diese Beratungsstelle, die über die Aufnahme von Auslandsanleihen zu beschließen hat, keine entscheidenden Beratungen über die Bewilligung neuer langfristiger Auslandskredite für den Wohnungsbau gehabt. Es ist im höchsten Grade bedenklich, daß auf diese Weise bereits Monat um Monat verstreicht, ohne daß die neue Bausaison genügend vorbereitet werden kann. Denn alle Projekte bleiben Phantasien, solange man nicht sehen kann, woher die großen Mittel zur Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit beschafft werden können.

Das Privatkapital hat sich vollkommen auferstanden erwiesen, die öffentliche Bautätigkeit auch nur annähernd in dem Maße zu ersehen, daß Angebot und Nachfrage sich die Wage halten. Mit Recht steht daher der Wohlfahrtsminister Hirschfleißer auf dem Standpunkt, daß von einer wesentlichen Lockerung des Mieterschutzes jetzt und auf absehbare Zeit nicht die Rede sein könne. Darüber hinaus ist es zu begrüßen, wenn der Wohlfahrtsminister persönlich erklärt, daß wir niemals mehr den Wohnungsbau in Deutschland ausschließlich dem privaten Erwerbs- und Gewinnstreben überlassen können, sondern daß volkswirtschaftliche und staatspolitische Gesichtspunkte auch späterhin im Wohnungsbau geltend gemacht werden müssen.

Doch was nützt es, wenn Hirschfleißers Erklärungen, die von einem starken sozialen Geist zeugen, dem Volke noch nicht einmal den Vorteil bringen können, daß nun auch wirklich in ausreichendem Maße gebaut wird. Dem Fortschritt in der Bautätigkeit im letzten Jahre steht die Gefahr gegenüber, daß in diesem Jahr sehr viel weniger gebaut werden wird. Noch immer aber fehlen allein in Preußen 500 000 Wohnungen am Bedarf. Soll das Wohnungselend nicht auf lange Zeit hinaus verewigt werden, so dürfen die Strebungen nach einer sozialen Bauwirtschaft nicht weiterhin durch die sogenannte Beratungsstelle für Auslandsanleihen durchkreuzt werden.

## Unternehmerkritik an der Ausstellung „Das junge Deutschland“.

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“, die im Sommer 1927 in Berlin eröffnet wurde, macht jetzt als Wanderausstellung eine Reise durch ganz Deutschland. Zuerst und bis Anfang Februar war sie in Leipzig. Wie in Berlin hat sie auch hier in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden. Die Tages- und Fachzeitungen in Leipzig und in der näheren und weiteren Umgebung widmeten ihr längere oder kürzere Aussätze. Auch die in Pößneck (Thüringen) erscheinende Unternehmerzeitung „Das Holz“ brachte über die Ausstellung einen längeren Aufsatz. Wir veröffentlichen daraus folgende Bemerkungen:

„U. a. hat sich der Deutsche Holzarbeiter-Verband an der Ausstellung beteiligt. Eine Anzahl Porträts bringen Ehrenderscheinungen aus der sächsischen und thüringischen Heimarbeit, soweit sie Holzerzeugnissen gewidmet ist. Dabei wird aber nicht der Zeitpunkt dieser an sich traurigen Bild-dokumente angegeben und auch nichts verlautbart, ob das Festgehaltene eine allgemeine oder eine ausnahmsweise Erscheinung darstellt. Die große Menge der Ausstellungsbesucher sieht sicher aus den Ehrendbildern ganz falsche Schlüsse in bezug auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Holzwirtschaft. Herrschen die veranschaulichten Zustände tatsächlich noch so, muß jeder in der Holzwirtschaft den verständlichen Wunsch haben, daß sie so bald als nur irgend möglich behoben werden. Erfreulicher mutet die Unterrichtsgruppe in der Abteilung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes an. Was hier die Jugendgruppe Leipzig des Verbandes an Zeichnungen, Kunstschriften und Holzschnitzereien zeigt, ist durchweg tüchtige Leistung. Die Kunstschriften- und Handwerkerschule der Stadt Leipzig, Abteilung für Bildhauer, ist vorwiegend mit wertvollen und sorgfältig ausgeführten Holzarbeiten vertreten. Sieht man außer der Abteilung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes noch die Sonderausstellungen der Lagerarbeiter Freien Turnerchor und der freien Sportverbände, in denen eine an dieser Stelle besonders übel anmutende, krasse sozialdemokratische Propaganda gemacht wird, in Betracht, so entsteht der Wunsch,

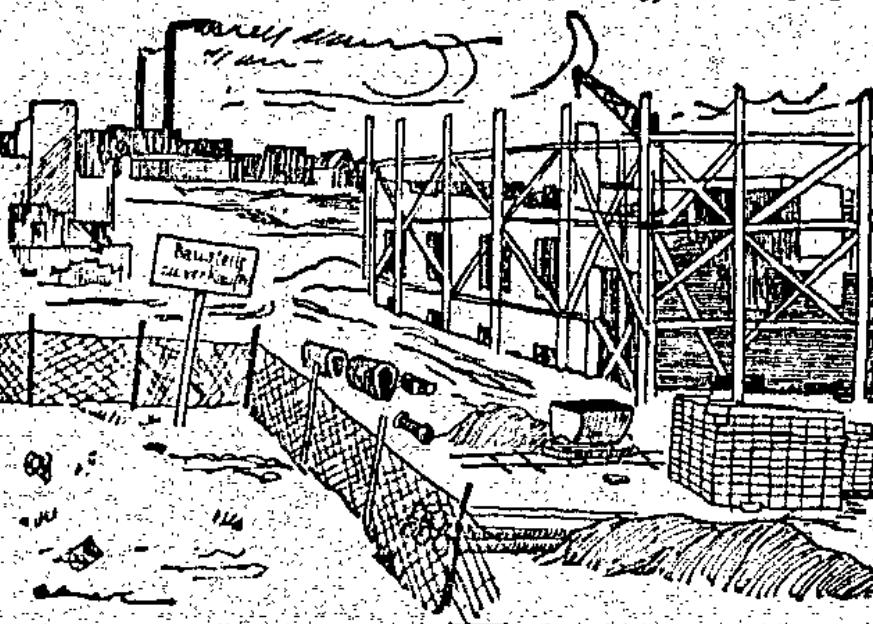
dass die Ausstellungleitung im Interesse des Gesamtunternehmens hier etwas mehr mäßigend hätte wirken sollen.“

Wir freuen uns, daß „Das Holz“ die erfolgreichen Strebungen unseres Verbandes auf dem Gebiete der fachtechnischen Ausbildung seiner Mitglieder, insbesondere des Nachwuchses, lobend anerkennt. Was die Ausstellung der Bilder aus der Holzmarke betrifft, so geben wir zu, daß es angebracht ist, zu vermerken, aus welchem Jahre die Aufnahmen stammen. Inzwischen ist das auch geschehen. Die Aufnahmen wurden anlässlich der Holzmarktausstellung in Berlin 1925 gemacht. Sie sind damals in dem Schriftchen „Die Holzmarke in der Holzindustrie“ veröffentlicht worden.

## Dr. Schacht in Italien.



*Es hat der Reichsbankleiter Schacht sich nach Italien aufgemacht, / Um uns in Deutschland aufzuwarten! / Mit wunderschönen Ansichtskarten, / Wie geht es euch? Mir geht es gut! / Hier hab' ich wirklich frohen Mut. / Chianti gibt's und andre Sorten, / Ich rousse treffliche Importen; / Italien ist zur Kur geeignet, / Und es gefällt mir ausgezeichnet. / In Deutschland aber muß ich schauen: / Man darf nicht bauen, darf nicht bauen! / Zu bauen, nein, das kann nicht sein. / Ich lasse nicht beim Ausland leb'n! Das wär' ein Luxus ohne Gleichen. / Laßt durch mein Bitten euch erweichen! / Daß nicht gebaut wird, hastet Wacht! / Mit besten Grüßen  
Hjalmar Schacht.*



*Nun schaut einmal nach Deutschland her! / Es liegt der Bauplatz öde und leer, / Daß mancher brave Arbeitssmann Zum Nachweis stempeln gehen kann. / Er kann nicht nach Italien reisen, Sein trocken Brot muß er verspeisen. / Die Frau, die Kinder steht verzagt, / Weil Schacht das Bauen nicht befagt. / Hört zu, ihr Herren, es ist Zeit! / Schluß mit der Arbeitslosigkeit! / Die Luxuslogik, die ist schief. / Wer bauen läßt, wirkt produktiv! / Wenn Arbeit jedermann erhält, / Befruchtet euch verdientes Geld! / Herr Schacht, das war nicht gut gemacht! / Sie sind im Irrtum, Hjalmar Schacht!*

Hedwig Duderstadt

Den Unternehmerverbänden der in Frage kommenden Industrien waren die in den Bildern und dem sonstigen Sachenmaterial der Schrift zum Ausdruck kommenden elenden Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse der Heimarbeiter höchst unangenehm. Sie kündigten eine Gegenschrift an, die bis heute nicht erschienen ist. Darin liegt der beste Beweis für die Richtigkeit unserer damaligen Veröffentlichungen. Unsere Bilder geben also keine ausnahmsweise Erscheinung wieder, sondern sie zeigen die elende Lage der Mehrheit der Heimarbeiter, wie sie 1925 war, und wie sie heute noch ist. Besser geht es den Heimarbeitern heute auf keinen Fall, eher schlechter als vor drei Jahren.

Wenn die Ausstellungleitung dem Wunsche des „Holz“ entsprechen würde, „möglich“ auf die Art und Weise unserer Beteiligung an der Ausstellung einzurücken, hieße das die Wahrheit über die Verhältnisse in der Heimatheit unterdrücken. Das wäre vielleicht im Interesse gewisser Unternehmer, nicht aber in dem der Ausstellung. Sie verlöre damit jede soziale und kulturelle Bedeutung.

## Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten.

Der Haushaltungsausschuss des Reichstages hat folgende sozialdemokratische Entschließung angenommen:

„Die Reichsregierung zu erüben, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Sicherung der älteren Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Für die zu treffenden gesetzlichen Schutzbestimmungen sind, insbesondere soweit es sich für die Arbeitgeber um die Weiderverschaffung offener Stellen und die Beschäftigungs-

verpflichtung älterer Arbeiter und Angestellten handelt, die Leitsätze des Unterausschusses des Reichstagsausschusses zugrunde zu legen.“

Die Reichsregierung ist kein Freund von solchen Maßnahmen. Sie hat sich vor einigen Wochen in einer Denkschrift mit dieser Frage beschäftigt. Es heißt da: „Die Beschäftigungsverpflichtung bedeutet eine Ablehnung von dem Grundsatz, daß dem Unternehmer die freie Wahl seiner Arbeitskräfte gewährleistet sein soll. Dieser Grundsatz ist der notwendige Bestandteil einer sozialen Ordnung, die sich auf der freien wirtschaftlichen Initiative des Unternehmers aufbaut, und in welcher der Unternehmer als diejenige Stelle angesehen wird, die in erster Linie die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg der Wirtschaftsführung trägt.“

Bei dieser Einstellung der Reichsregierung ist auf eine Durchführung des in der sozialdemokratischen Entschließung geforderten Schutzes der älteren Arbeiter und Angestellten kaum zu rechnen.

## Kunde wider Willen.

Verschiedene Unternehmer und Händler versuchen, ihren Warenabsatz dadurch zu erhöhen, daß sie gewissen Personen unaufgefordert Waren durch die Post oder einen Boten ins Haus senden. Auf Grund irgendwelchen Adressenmaterials wird die Versendung vorgenommen in der Hoffnung, der Empfänger werde die Ware behalten und den dafür geforderten Preis einsenden. Wenn diese Hoffnung auch meistens trügt, so halten sich die Empfänger gewöhnlich doch für verpflichtet, die Ware wieder zurückzufinden, auch in den Fällen, wo die Freimarkte für die Rücksendung nicht bestiegt. Es entsteht nun die Frage, ob man verpflichtet ist, eine unverlangt zugesandte Ware wieder zurückzufinden. Eine solche Verpflichtung besteht nicht!

Zur Rücksendung unbefestelter Waren ist man nicht verpflichtet, auch dann nicht, wenn Porto und Verpackung für diesen Zweck bestiegen. Der Empfänger ist auch nicht verpflichtet, dem Absender irgendeine Mitteilung zu machen. Er hat lediglich die Pflicht, die zugesandten Gegenstände mit derjenigen Sorgfalt zu verwahren, die er sonst in eigener Sache anzuwenden pflegt. Der Empfänger braucht die unbefestelten Waren nur für eine angemessene Frist im Hause zu behalten. Wenn der Absender sie nicht nach Ablauf eines Monats abholt, darf man annehmen, daß er sein Eigentum an der Ware aufgegeben hat. In solchem Falle empfiehlt es sich, die Ware gegen Quittung irgendeiner öffentlichen Wohltätigkeitsanstalt oder einer Stiftungs- und Unterstützungsstätte kostenfrei zu überlassen, denn die eigene Benützung der Ware, gleichgültig, wann sie erfolgt, würde ihre Annahme bedeuten und deshalb zur Zahlung des vom Absender verlangten Preises verpflichten.

## Erstes deutsches Arbeiter-Sängerfest.

Der Arbeiter-Sängerbund veranstaltet sein erstes Bundesfest vom 16. bis 18. Juni in Hannover. Aus der großen Zahl der Veranstaltungen heben wir hervor: Am 16. Juni Begrüßungsabend der hannoverschen Sänger unter Mitwirkung des Opernorchester Hannover. Außerdem finden acht große Chorkonzerte statt.

Zur Mitwirkung an diesen 10 Chorkonzerten wurden verpflichtet das Berliner Philharmonische Orchester, das Berliner Sinfonieorchester, das Opernhausorchester Hannover und über 20 erste Solisten. In diesen Konzerten werden die Arbeitersängerinnen und -sänger zeigen, daß es ihnen ernst ist mit der Pflege der großen und besten Musik, die sie aufzuführen, um ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern eine Freude zu bereiten, aus eigener Kraft sich die Werke unserer Meister zu erschließen.

Zu diesen 10 Konzerten gesellen sich weitere 25 Saalkonzerte ohne Orchester. In ihnen werden neben den gemischten Chören auch die Männerchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zur Geltung kommen. Bayern und Württemberg werden gemeinsam einen Süddeutschen Volksliedabend ausfüllen; der Berliner Volkschor bringt einen Internationalen Volksliedabend, an dem als Solist Sven Scholander mitwirken wird; eine Chorgruppe des Gaues Hannover (Celle) gibt einen Löwe-Abend, Harzgau und der Pfalzgau werden ihre Programme dem Andenken von Franz Schubert widmen, dessen 100. Todestag in diesem Jahre begangen werden kann. Gau Rheinland widmet einen Abend dem Lied der „Arbeit, Kampf und Freiheit“, die Michaelischen Chöre (Leipzig) feiern sich für Erwin Lendvai ein. Frankfurter Chöre musizieren unter dem Motto „Der Männerchor der Gegenwart“, der Arbeiter-Sängerkor mit Frauenchor Eisenach (Gau Thüringen) und Volkschor Köln wollen ein Musikhistorisches Konzert geben, der Dresdener Volksmännerchor einen Kampfsliedabend, Jugendchor Eisenach und Lendvai-Quartett (Leipzig). Dessauer Kinderchor und Kinderchor Hannover und der Junge Chor (Berlin) kommen als Repräsentanten der Jugend, deren Musizieren im Deutschen Arbeiter-Sängerbund in ausgiebigsten Maße Beachtung und Pflege findet. Von ausländischen Vereinen meldeten sich zu eigenem Konzert der Singverein der Sozialdemokratischen Kunststelle Wien.

Neben den Massenchören, die im Stadion am Sonntag, dem 17. Juni, mittags, gesungen werden, wollen die Sachsen am Montag nachmittag ein zweites Stadionkonzert gemeinsam zur Aufführung bringen. An 15 verschiedenen Plätzen werden die einzelnen Gau's am Sonntag vor dem Wegang aus ihren Quartieren Freikonzerte geben.

Man rechnet, daß zu diesem Konzert 50 000 bis 60 000 singende Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes kommen werden.



# Aus dem Verbandsleben



## Film und Lichtbild im Dienste des Verbandes.

Unser Verband hat nicht nur die Aufgabe, durch Führung von Lohnbewegungen die materielle Lage der Mitgliedschaft zu verbessern, sondern er will auch das geistige Niveau der Kollegenschaft heben. Die Bildungsarbeit hat deshalb immer mit in dem Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben gestanden. Durch die Lohnbewegung wird gewissermaßen der Unterbau für die Bildungsarbeit geschaffen. Mehr Lohn und mehr Freizeit. Wir können uns mit Recht eine Kulturbewegung nennen, weil wir bestrebt sind, unsere Mitglieder dazu zu erziehen, die durch den gewerkschaftlichen Kampf erzielte Freizeit auch in der rechten Weise zu verbringen.

Die Mittel unserer Bildungsarbeit sind verschieden. Wir wollen hier auf das modernste Mittel zu sprechen kommen, das wir in unseren Dienst gestellt haben, den Film. Noch vor nicht langer Zeit wurde der Film von weiten Kreisen der Arbeiterschaft abgelehnt. Man sah im Film nicht ein vorauslösliches Bildungsmittel, sondern ein Mittel leichter Unterhaltung. Doch die Entwicklung ist auch auf diesem Gebiet fortgeschritten, und der Film ist heute mit einem hervorragendem künstlerischen Ausdrucksmittel. Das Gros der Filmproduktion besteht freilich noch in Filmen kitschigen Inhalts. Es gibt aber heute schon eine große Anzahl guter Kulturfilme. Auch der sogenannte Spielfilm hat eine Entwicklung hinter sich, und er vermag heute schon anspruchsvolle Gemüter zu befriedigen. Beispiele aus der letzten Zeit sind die Filme „Varieté“, „Panzerkreuzer Potemkin“, „Chang“ oder Lotte Reinigers Scherenschnittfilm „Abenteuer des Prinzen Ahmed“ und andere.

Der Kulturfilm hat auch Eingang in den Schulbetrieb gefunden, und es gibt wohl keinen modernen Pädagogen, der auf dieses wichtige Unterrichtsmittel verzichten möchte. Wie kann man z. B. einem Schüler besser und eindrucksvoller das Leben im Wassertropfen darstellen als durch den Film? Der Film zeigt auch das Wachstum einer Pflanze, das Erblühen einer Blume, das Kleintierleben in Wald und Heide, und was man sich sonst auf allen Gebieten der Naturwissenschaft vorstellen kann. Es gibt kein Wissensgebiet, in das der Film nicht eingezogen wäre, und wenn es die Mathematik ist. Der Lehrtag von den Dreiecksminnern wird uns ebenso eindringlich eingeprägt wie die Bewegung der Planeten.

Die moderne Technik vollbringt Wunderwerke. Wir lesen davon in den Zeitungen und Zeitschriften. Doch eine rechte Vorstellung können wir uns meist nicht machen. Da kommt uns der Film zur Hilfe. Er führt uns durch die Betriebe eines Ford, er zeigt uns, wie die neuesten Maschinen immer mehr den Menschen als Arbeitskraft entlosten. Wir sehen, wie ein moderner Großbetrieb organisiert ist, und können vergleichen, wie rückständig der Kleinbetrieb ist. Viele wirtschaftliche und soziale Probleme tun sich beim Beschauen dieser Filme vor uns auf.

Der Verbandsvorstand hat, um unseren Kollegen die Möglichkeit zu geben, gute Filme aus der Holzindustrie zu sehen, ein eigenes Film- und Lichtbildarchiv eingerichtet. Allen Verwaltungsstellen stehen die vom Verband erworbenen oder zum Teil selbst hergestellten Filme kostenlos für Forschungszwecke zur Verfügung. Durch diese Möglichkeit können die Veranstaltungen unseres Verbandes interessant und zugleich lehrreich gestaltet werden.

So gibt uns ein Film unter dem Titel: „Der deutsche Wald“, ein Bild von der Schönheit des Waldes und seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft. Ein Film: „Achtung! Gefahr!“ behandelt die großen Gefahren der Holzbearbeitungsmaschinen für die Maschinenarbeiter. Das Fliegen eines Flügels zeigt ein Kulturfilm aus der Eisen- und Flügelfabrik. Mit der Arbeit und Technik moderner Bildhauer macht uns der Film „Schaffende Hände“ bekannt. Weitere Filme behandeln die „Moderne Holzbearbeitung“, den „Plan eines Eisenbahnwagens“, die „Arbeit eines Elektrolokomotivfahrers“, die „Entstehung eines Bleistifts“, die „Technik des Holzschrittes“ usw.

In den letzten Monaten, besonders aber anschließend der letzten großen Dertwoche im Herbst des vergangenen Jahres ist häufig die Frage beprochen worden, durch welche Mittel wir unsere Veranstaltungen interessanter und angreichernden treffen können. Der Film ist ein solches Mittel. Die Vorbereitungen für eine Filmveranstaltung sind an den meisten Orten gegeben. Darum sollte an allen Orten mindestens eine Filmveranstaltung mit in das Bildungsprogramm aufgenommen werden.

Ein neu verabschiedetes, 32 Seiten starker Tarifvertrag unterrichtet eingehend über die zur Verbesserung fehlenden Filme. Aber auch in unserer Betriebszeitung „Der Film“ kann der Film helfen. Der Verbandsvorstand stellt gegenwärtig die Frage der Herstellung eines eigenen Verbandsfilms für die Werbemitglied.

Es ist interessant nach die Verwendung des Films und des Lichtbildes zu zeigen aus die Zahlsergebnisse über die in den letzten drei Jahren getroffenen Film- und Lichtbildveranstaltungen innerhalb unseres Verbandes, sowie das Material, um das Betriebe einzusehen werden. Im Jahre 1925 fanden 41 Veranstaltungen mit 9377 Besuchern, 1926

86 Veranstaltungen mit 17.031 Besuchern und im Jahre 1927 140 Veranstaltungen mit 32.420 Besuchern statt. Von dem im Jahre 1927 getroffenen Veranstaltungen sind 110 Filmvorführungen und 36 Lichtbildvorträge.

Neben den Filmen steht auch noch eine Reihe von Lichtbildserien zur Verfügung. Auch diese erfreuen sich trotz des Films großer Beliebtheit. Jede Serie ist mit einem ausführlichen Vortragsscript versehen, und wird somit die Aufführung eines Lichtbildvortrages erleichtert. Je mehr diese Einrichtung von unseren Kollegen benutzt wird, um so mehr wird der Verbandsvorstand Wert darauf legen, unser Film- und Lichtbildarchiv auszubauen. R. L.

8 Wochen hindurch 10 bis 11 Stunden hatte arbeiten lassen, bekam 100 M. Geldstrafe. Mit 90 M. wurde ein Meister belegt, der 3 Lehrlinge 4 Wochen lang 9 Stunden hatte arbeiten lassen. In einem Betrieb hatten 2 Lehrlinge und ein Maschinenarbeiter 75 Stunden in der Woche gearbeitet, der Unternehmer erhielt als Anerkennung 300 M. Geldstrafe. Ein anderer kam mit 100 M. davon; er hatte 2 Lehrlinge 7 Wochen lang jeden Sonntag je 8 Stunden arbeiten lassen. Außerdem ist in Wismar und Umgegend noch eine Reihe von Unternehmern bestraft worden, ohne daß die Höhe der Strafe bekannt wurde. Im ganzen erweist sich die Strafanzeige gegen Unternehmer, die sich an die gesetzliche Arbeitszeit nicht gewöhnen können, als ein recht gutes Rezept, das auch anderwärts zur Nachahmung empfohlen werden kann.

## Modellfischler.

Vor mehreren Wochen hat an dieser Stelle ein Kollege aus Dresden auf die bevorstehende Reichskonferenz der Modellfischler hingewiesen. Der Artikel beschäftigt sich mit der Schaffung eines Reichstarifs für das Modellfischlergewerbe. Ehe wir dahin kommen müssen aber noch einige Vorarbeiten geleistet werden, um dem kommenden Reichstarif die nötige Achtung zu verschaffen. Die Verhältnisse werden wohl anderwärts nicht viel anders liegen als bei uns im Wuppertal, wo noch viele Kollegen der Organisation fernstehen. Vor allen Dingen müssen die organisierten Modellfischler viel mehr Aktivität entfalten als bisher. Die Agitation in den Betrieben von Mund zu Mund ist wohl die wirksamste Werbemethode. In den Sektions- oder Branchenversammlungen sollen die Kollegen durch belehrende Vorträge gewerkschaftlicher oder arbeitsrechtlicher Art zum gewerkschaftlichen Fühlen und Denken erzogen werden. Man sollte auch die Unorganisierten in die Versammlung bringen und sie so allmählich der Organisation anführen. Die so Gewonnenen werden nicht so leicht wieder abdringen wie diejenigen, die unter einem gewissen Druck, wie gelegentlich eines Streiks, beigetreten sind. Sehr wichtig ist die Hausagitation, zu der wir uns wohl oder übel entschließen müssen, wenn wir Erfolg haben wollen. Wir müssen Sectionen so die nötige Lebenskraft zugeführt, so brauchen wir um die Zukunft nicht bang zu sein. Wir werden dann auch den Berufs- und den Lehrlingsfragen unsere Aufmerksamkeit schenken und vor allen Dingen unserem Reichstarif überall die nötige Geltung geben können.

Fritz Kraus (Bremen).

## Verhandlungen für die Stadtindustrie.

Der Verband deutscher Stadtindustrieller und verwandter Industrien hat sich endlich auf seine vertragliche Pflicht besonnen. Die Lohnverhandlungen finden am 15. Februar in Kassel statt. Bei der bekannten Einstellung der Unternehmen ist aber kaum damit zu rechnen, daß sie zu einer friedlichen Verständigung führen.

Küps (Oberfranken). Recht eigenartige Methoden wendet die hierige Firma Hubertia A.-G., Karosseriefabrik, an, um die Arbeitslöhne herabzudrücken. Obwohl für die Firma der Tarif für das deutsche Holzgewerbe maßgebend ist, wurde durch ein Allord- und Prämienystem aus der Arbeiterschaft das Rechte herausgeholt. Sobald einige Arbeiter eine Spitzenleistung erzielt hatten, wurde der Allord herabgesetzt. Als die Grenze des Möglichen in bezug auf Leistung festgestellt erschien, da wurde mit einem Schlag das Prämien- und Allordsystem von dem nunmehrigen Leiter der Firma Herrn Hermann Ohnmüller, beseitigt. Er glaubte auch bei Stundenlohn frühere einzelne Allordspitzenleistungen herauspressen zu können. Natürlich gab es Reibungen. Es kam zu Verhandlungen, bei denen zwischen unserem Bezirksleiter mit der Firma bzw. dem Syndikat des Arbeitgeberverbandes vereinbart wurde, daß der Lohntarif für das deutsche Holzgewerbe nach Ortsklasse IV wieder zur Geltung kommt. Der Firmeninhaber hat aber eigene Ansichten über Treu und Glauben. Er bezeichnete den größten Teil der Arbeiter als minderleistungsfähig und mit 10 Prozent unter den Durchschnittslöhnen als ausreichend entlohnt. Auch Arbeitern, die bislang schon den Tariflohn hatten, wurde eine Lohnkürzung zuteil. Mit dieser liebenswürdigen Aufmerksamkeit wurde auch der Betriebsratsvorsitzende bedacht, dem auf seine Vorstellung eröffnet wurde, daß selbstverständlich nicht seine Leistung der Grund zur Lohnkürzung sei, sondern sein sonstiges Verhalten im Betrieb. Es wird ja wohl der Firma noch klargemacht werden können, daß sie sich hier im raschen Schwunge auf ein falsches Werk gelegt hat. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. Sie verlangt nicht nur angemessenen Lohn, sondern auch Befreiung der hygienischen und sanitären Missstände im Betrieb und bessere Beachtung der Bestimmungen über den Arbeiterschutz. Die Arbeiterschaft ist nicht schwach, und sie wird auch die Verhältnisse in diesem Betrieb regeln. Wir bitten, bei Arbeitsangeboten dieser Firma in auswärtigen Zeitungen sich zuvor über die Verhältnisse in diesem Betrieb bei unserem Verband zu erkundigen.



Arnold Schmid. Georg Ederlein.  
Seit 1906 Kassierer der Verwaltungs- Seit 1897 Mitglied der Ortsverwal-  
stelle Gingen. Vorher vier Jahre tung Neuwied. Abwechselnd Revolu-  
mächtiger und jetzt Kassierer.

## Ein gutes Rezept.

Für Wismar und Umgegend gilt der mit dem Landesverband für das Holzgewerbe in Mecklenburg-Schwerin und Rostock abgeschlossene Tarifvertrag vom 1. Juni 1927. Es gibt aber da noch manche Meister, denen es schwerfällt, sich an die Vertragsbestimmungen zu halten. So auch die Firma Sch. u. Söhne in dem benachbarten B. Dort arbeitete ein jüngerer Kollege, dem nicht der Tariflohn, sondern 3 Pf. weniger gezahlt wurden. Sein wiederholtes Drängen auf Zahlung des Tariflohnes wurde dem Meister schließlich unbehaglich, und er entließ den Kollegen. Der Bevollmächtigte nahm sich der Sache an und erhob Klage beim Arbeitsgericht. Hier machte der Meister geltend, daß er nicht Mitglied des Landesverbandes sei. Dieser Einwand stellte durch die Klage wurde abgewiesen.

Der Meister hatte sich aber zu früh gefreut. Wenn für ihn der Vertrag nicht gilt, dann auch nicht der in ihm vorgetragene Kündigungsausschluß. Die fristlose Entlassung war daher ungerecht, und der Meister war verpflichtet, dem entlassenen Kollegen für zwei Wochen den Lohn zu zahlen. Das Arbeitsgericht hat diese Forderung anerkannt, und der Meister mußte zahlen. Weil er dem Vertrag nicht untersteht, glaubte der Meister auch, daß er 9 Stunden arbeiten lassen könne. Nun mußte er den vier in Betracht kommenden Kollegen ab 1. Mai für jede Überstunde 25 Prozent des Lohnes nachzahlen. Da er für die Überstunden nicht die Genehmigung der zuständigen Stelle eingeholt hatte und auch die drei Lehrlinge 9 Stunden hatte arbeiten lassen, wurden ihm vom Amtsgericht 300 M. Geldstrafe zugesetzt. Und schließlich hat ihn auch das Arbeitsamt mit 100 M. Geldstrafe belegt, weil er wahrheitswidrig als Grund für die Entlassung des erwähnten Kollegen Arbeitsmangel bezeichnete. Das war eine etwas kostspielige Medizin. Aber sie hat gewirkt. Seit wird in dem Betrieb der Tarifvertrag anerkannt.

Unsere Ortsverwaltung in Wismar hat sich die dankbare Aufgabe gestellt, den Achtstundentag auch bei den Meistern durchzuführen, die glauben, besonders die Lehrlinge länger beaufsichtigen zu dürfen. Anzeigen bei der Gewerbeaufsicht führen in der Regel zum Ziel. Das Ergebnis ist dann gewöhnlich eine mehr oder weniger hohe Geldstrafe, die vom Gericht verhängt wird. In den letzten Monaten bekam ein Meister 60 M. Geldstrafe, weil er seine 2 Lehrlinge 10 Stunden arbeiten ließ. Ein anderer, der 3 Lehrlinge

mit Lohnanlagen bis zur Nünnarei ist der 7. Maigaburtstag fällig!

# Holzindustrie

## Deutschlands Holzhandelsbilanz 1927.

Unsere Wälder können bei weitem nicht soviel Rundholz liefern, wie die deutsche Wirtschaft verbraucht. 1913 schätzte man die heimische Holzerzeugung auf 28,8 Millionen Festmeter, den Verbrauch einschließlich der Ausfuhr von 1 Million Festmeter auf 44 Millionen. Die fehlende Menge von 15 Millionen Festmeter wurde eingeführt. Gegenwärtig liefert der deutsche Wald etwa 26 Millionen Festmeter Rundholz. Über den Holzbedarf fehlen einwandfreie Unterlagen; 1927 war er aber mindestens so groß, wahrscheinlich noch größer als 1913. Zu dieser Annahme berechtigt die Tatsache, daß 1927 mehr Holz eingeführt wurde als je in einem Jahr zuvor. Die Einfuhr betrug 16.880 Millionen Festmeter. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Mehr von 8084 und gegenüber 1913 ein Mehr von 1870 Millionen. Eine Waldbesitzerzeitung spricht von einer „geradezu sen-

sationellen Steigerung der deutschen Rundholzeinfuhr“. Überrascht können nur jene Leute sein, die sich Holzsachverständige nennen, ohne es zu sein. Wir erinnern an die Behauptung eines hohen Forstbeamten, Deutschland sei früher einmal ein Holzausfuhrland gewesen, jetzt sei es ein Holzausfuhrland. Auf gleicher wissenschaftlich-sachverständiger Höhe standen die Klagen der Waldbesitzer über „die drohende Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischem Holz“. Trotz der starken Einfuhr herrschte das ganze Jahr 1927 über eine fühlbare Knappheit an Holz. Auch jetzt noch wird in allen Unternehmerzeitungen festgestellt, daß die Sägewerke und Holzhandlungen nur über recht kleine Bestände verfügen. Die 16.880 Millionen Festmeter sind also nicht überschüssigerweise eingeführt worden, sondern sie wurden gebraucht zur Deckung des laufenden Bedarfs.

### Übersicht über die Einfuhr und Ausfuhr von Rundholz.

Gesamt-Einfuhr												Gesamt-Ausfuhr																				
1927	1926	1925	1918	1927	1926	1925	1918	1927	1926	1925	1918	1927	1926	1925	1918	1927	1926	1925	1918	1927	1926	1925	1918									
In 1000 Festmeter Rundholz				In 1000 Reichsmark				In 1000 Festmeter Rundholz				In 1000 Reichsmark				In 1000 Festmeter Rundholz				In 1000 Reichsmark												
Rundholz, hart . . . . .	183	99	228	292	12715	6964	24267	18366	41	60	47	92	1457	2269	2275	2083	1880	12080	15335	8084	18880	120800	15335	8084								
Rundholz, weich . . . . .	5477	2959	3553	5232	149446	76922	125601	112063	198	331	209	277	6255	9567	6834	6001	584	570	384	9508	8974	6226	6001	584	570	384	9508	8974	6226	6001		
Grubenholz . . . . .	951	642	545	476	14492	9677	8255	8441	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084
Rundholz insges. . . . .	6611	3700	4318	6000	176653	93563	158123	188870	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084	821	961	640	369	17220	20800	15335	8084
Schnittholz, hart . . . . .	278	124	228	179	19456	8501	17511	12281	24	38	40	58	2496	2986	3067	5178	278	124	228	179	19456	8501	17511	12281	24	38	40	58	2496	2986	3067	5178
Schnittholz, weich . . . . .	6280	2369	3644	4689	217991	99718	163846	141785	273	562	199	210	11813	22884	8628	7802	6280	2369	3644	4689	217991	99718	163846	141785	273	562	199	210	11813	22884	8628	7802
Beschl. Holz, hart u. weich . . . . .	246	111	170	770	7964	3834	5758	21497	157	163	170	133	9966	8760	8539	4918	246	111	170	770	7964	3834	5758	21497	157	163	170	133	9966	8760	8539	4918
Schwellen, hart u. weich . . . . .	517	738	664	567	14737	20177	14990	10609	97	128	587	168	4740	5283	4783	5168	517	738	664	567	14737	20177	14990	10609	97	128	587	168	4740	5283	4783	5168
Bearb. Holz insges. . . . .	6321	3342	4706	6205	260148	181780	202095	186172	551	891	996	567	29015	39913	25017	23064	6321	3342	4706	6205	260148	181780	202095	186172	551	891	996	567	29015	39913	25017	23064
Papierholz . . . . .	8823	8666	4280	2570	65827	60861	77453	39831	84	59	30	134	490	901	486	1806	8823	8666	4280	2570	65827	60861	77453	39831	84	59	30	134	490	901	486	1806
Fasoholz . . . . .	70	48	123	123	4350	2167	7703	8752	19	19	16	10	805	922	692	675	70	48	123	123	4350	2167	7703	8752	19	19	16	10	805	922	692	675
Europäische Hölzer . . . . .	55	40	64	112	9616	7627	11213	14060	2	1	1	8	579	359	259	1252	55	40	64	112	9616	7627	11213	14060	2	1	1	8	579	359	259	1252
Zusammen . . . . .	16880	10796	13492	15010	516604	296148	456587	385685	1427	1931	1683	1088	48109	62895	41789	34681	16880	10796	13492	15010	516604	296148	456587	385685	1427	1931	1683	1088	48109	62895	41789	34681
Prozenttag von 1913 . . . . .	112,5	71,9	89,9	100,0	133,9	76,8	118,4	100,0	131,2	177,5	154,7	100,0	138,7	181,4	120,5	100,0	112,5	71,9	89,9	100,0	133,9	76,8	118,4	100,0	131,2	177,5	154,7	100,0	138,7	181,4	120,5	100,0

Deutschland braucht ausländisches Holz aller Art, am notwendigsten aber Rundholz für seine große und leistungsfähige Sägewerksindustrie. Wenn es nicht gelingt, ständig große Mengen Rundholz einzuführen, sind viele Sägewerke zum dauernden Stillstand verurteilt. Die Holzausfuhrländer wiederum sind mit Rücksicht auf ihre Sägewerksindustrie bestrebt, möglichst wenig Rundholz auszuführen, dafür aber recht viel Schnittholz. Wie die Holzmarktverhältnisse in den einzelnen Ländern und allgemein liegen, müssen die Holzausfuhrländer gewisse Mengen Rundholz ausführen, und Deutschland muß gewisse Mengen Schnittholz einführen. 1927 wurden eingeführt 6611 Millionen Festmeter Rundholz und 6321 Millionen Festmeter bearbeitetes Holz. Läßt man beim Rundholz das Grubenholz und beim Schnittholz die Schwellen und das beschlagene Holz außer Betracht, dann betrug die Rundholzeinfuhr 6558 Millionen Festmeter. Den Hauptanteil daran hat das Nadelholz. Aus der weiter unten folgenden Übersicht ist zu erkennen, aus welchen Ländern das Nadelholz in der Hauptmasse kommt. Russland war in der Vorkriegszeit unser bester Holzlieferant, jetzt steht es mit an leichter Stelle. Über die Gründe haben wir uns an dieser Stelle wiederholt ausgelassen. Unser bester Rundholzlieferant war in den letzten zwei Jahren Polen, 1924 die Tschechoslowakei. Bei der Schnittholzeinfuhr steht die Tschechoslowakei an erster Stelle, dann folgen Finnland, Österreich und an vierter Stelle Polen.

Unsere Holzausfuhr kann natürlich nur klein sein, auffällig ist aber, daß sie in den letzten Jahren größer war als in der Vorkriegszeit. 1913 wurden ausgeführt 1088 Millionen Festmeter, 1927 aber 1427 Millionen. 1924 waren es 1180, 1925 1683 und 1926 sogar 1931 Millionen. Die Ausfuhrzahlen umfassen auch die Repar-

aten den gesamten gegenwärtig produzierten Rohstoff verarbeiten würde, so könnte der Wert der Fabrikate die Summe von 30 bis 50 Millionen Dollar erreichen, und die polnische Industrie würde in ihren Händen die Versorgung des europäischen und des Weltmarktes monopolisieren.

Angenommen, Herr Kaiser hat richtig abgeschrieben, was beweisen diese Ausführungen? Doch nur das eine, daß die Polen im Aufschwunen ebenso groß sind wie gewisse Deutsche. Herr Kaiser nimmt dieses Produkt großen wahnsinniger Phantasien alsbare Münze. Die Korbweinmacher lachen darüber, Wogen die Weibchenzieher erzählen, was sie wollen, sesticht: Nicht die Erhöhung, sondern die Ermäßigung des Korbweidenzolls liegt im Interesse der deutschen Korbweidenindustrie.

### Ergebnisse der Produktionsstatistik in der englischen Möbelindustrie.

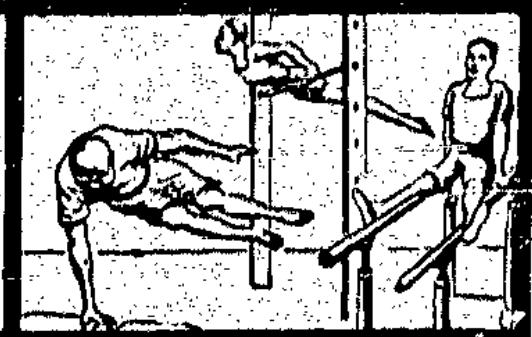
Im England ist 1924 für die wichtigsten Industrien eine neue Erhebung über den Umfang und den Wert der Produktion durchgeführt worden. Die Ergebnisse für die Möbelindustrie wurden erst dieser Tage veröffentlicht. Die Produktionsstatistik von 1907 ist nicht so planmäßig und umfassend durchgeführt worden wie die im Jahre 1924, die Ergebnisse beider sind aber vergleichbar, und sie geben ein anschauliches Bild von der kräftigen Aufwärtsentwicklung der englischen Möbelindustrie.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Möbelindustrie 1924 71238 Arbeiter und 11803 Angestellte, zusammen 82841 Personen. 1907 waren beschäftigt 67172 Arbeiter und 6947 Angestellte, zusammen 74119 Personen. Die Arbeiter vermehrten sich um 6, die Angestellten dagegen um 67 Prozent. Außerdem wurden 1907 noch 779 Heimarbeiter gezählt, 1924 betrug deren Zahl 621. Wie in Deutschland und in allen Ländern gehen auch die englischen Möbelfabrikanten immer mehr dazu über, vornehmlich jüngere und weibliche Arbeiter zu beschäftigen. Während die Zahl der über 18 Jahre alten Arbeiter nur von 53545 auf 54760 stieg, vermehrten sich die Arbeiter unter 18 Jahren von 8847 auf 10055, die Arbeiterinnen unter 18 Jahren von 9057 auf 13595 und die Arbeiterinnen über 18 Jahren von 2670 auf 4431.

Der Produktionswert der hergestellten Möbel betrug 1907 10969000 und 1924 28518000 Pfund Sterling. Die Zunahme beträgt 133 Prozent. Bei der Gegenüberstellung dieser Zahlen muß berücksichtigt werden, daß die Zunahme des Produktionswertes nicht identisch ist mit der der Produktionsmenge. Das wäre dann der Fall, wenn die Produktionskosten in den beiden Erhebungsjahren gleich hoch gewesen wären. In Wirklichkeit haben sie sich seit 1907 wesentlich erhöht. In der Hauptstätte aber ist die Zunahme des Produktionswerts auf die Steigerung der Produktion zurückz



# Gesundheit und Körperpflege



## Über erste Hilfe bei Unfällen.

Von Dr. med. Grünewald.

Da bei einem Unfall ärztliche Hilfe nicht stets sofort zur Stelle sein kann, so mußte eigentlich jeder erwachsene Mensch, besonders wenn er im Berufsleben, wo Unfallsgefahr besteht, tätig ist, unterrichtet sein, wie sachgemäße erste Hilfe bis zur Ankunft des Arztes geleistet werden soll. Auf diese Weise können unter Umständen schwächende Blutungen gestillt, Schmerzen erleichtert und drohende Lebensgefahr abgewendet werden.

Kommt es bei einem Unglücksfall zu einer stärkeren Blutung an den Gliedmaßen, so wird die verletzte Extremität zuerst möglichst senkrecht in die Höhe gehalten und dann zentralwärts von der Verletzung um das Glied lose ein kräftiges, bindenartig zusammengefasstes Tuch gebunden, zwischen Haut und Tuch ein Stiel oder dergleichen durchgesteckt und dann wie ein Hebel umgedreht, bis durch die Zusammenschnüllung die Blutung zum Stillstand kommt. Um die Haut vor Einslemmung zu schützen, muß unter den Drehpunkt ein Stück Pappe, Holz oder Leder gelegt werden; der Hebel wird festgebunden, um ein Zurückdrehen zu vermeiden. Eine solche Abschnürung darf nicht länger als eine Stunde bestehen bleiben; übrigens sind die Schmerzen an der Schnürlstelle meist so stark, daß eine Abnahme schon früher notwendig ist.

Bei Blutungen am Unterarm und Unterschenkel kann durch stärke Beugung im Ellbogen- bzw. Kniegelenk, also durch eine von der Munde zentralwärts gelegene winzige Abknickung, Blutstillung herbeigeführt werden, bis chirurgische Hilfe kommt; durch die starke Beugung wird nämlich die zuführende Schlagader geknickt und durch die zusammengezogenen und zusammengepreßten Muskelbündel abgeplattet. Das äußerst stark gebeugte Gelenk wird durch Bindenturen in seiner Stellung festgehalten. Bei Blutungen am Oberarm müssen zur Abknickung der entsprechenden Schlagader beide Arme so weit nach rückwärts gedreht werden, daß sich die Ellbogen fast berühren. Auch diese Maßnahmen sind für den Verletzten so unangenehm, daß sie nur kurze Zeit, aus keinem Fall länger als eine Stunde, ausgehalten und auch nicht wegen des infolge der unterbundenen Blutzufuhr drohenden Brandes (Gangraen) ausgeführt werden können.

Spricht das Blut nicht aus einem größeren Gefäß, sondern fließt oder tropft es langsam aus kleinen Schlagadern oder Blutadern, so genügt es, die verletzte Extremität senkrecht in die Höhe zu halten und durch einen Druckverband die Blutung zu stillen, wodurch das entsprechende Gefäß infolge Blutgerinnung verschlossen wird.

Es ist selbstverständlich notwendig, dem Verletzten möglichst schnell ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen, weil nur durch kunsigerechten chirurgischen Eingriff ein sicherer und dauernder Verlust des blutenden Gefäßes gewährleistet wird. Dabei lassen sich verschiedene Haushaltungsgegenstände, wie sie gerade zur Hand sind, z. B. Stühle, mittels eines Strides zum Rontgentransport herriichten.

Je rascher der Blutverlust eintritt, desto größer ist die Gefahr. Es ist deshalb nötig, daß jeder bei einem Unfall anwesende, unverzüglich sachgemäße erste Hilfe zur Blutstillung leisten kann. Man nimmt im allgemeinen an, daß der Mensch etwa die Hälfte seiner gesamten Blutmenge verlieren kann, ohne zugrunde zu gehen, doch genügen häufig schon weit geringere Blutverluste, um den Tod herbeizuführen. Kinder und Kreise vertragen Blutverluste besonders schlecht. Frauen im allgemeinen besser als Männer. Infektion des Blutverlustes wird das Gesicht blau, der Puls klein und die Erkrankung findet ihren Ausdruck in Beklemmung, Flimmern vor den Augen, Ohrensausen, Schwäche, Übelkeit, Erbrechen, Hustenrugen und Ohnmacht. Wenn die Herzkrise nicht zu beträchtlich gefunken ist, kann der Patient selbst nach schweren Blutverlusten sich wieder erholt.

Die bei Unfällen im Berufsleben entstehenden Verletzungen sind meist ingenante Quetschwunden, d. h. durch Einwirkung starker Gewalt, wie sie z. B. beim Überfahrenwerden eines Körperteiles durch Eisenbahn- oder Postwagen entsteht, erfaßt die Quetschwunde, die durch Erweiterung schwerer Gewebe entstanden ist, seitliche Risse. Am eindrücklichsten sind die Quetschwunden an nervenreichen Stellen, wie z. B. Fingern, Stoen, Zunge, Brustwarze, äußeren Geschlechtsstellen und Aftergend. Abgetrennt von der primitiven Blutstillung kommt bei der durch Eisenbahn zu leidenden ersten Hilfe lediglich das Bedenken der Wunde mit feinfreier Gaze in Betracht oder, wo diese nicht zur Verfüzung steht, mit frisch gebügelten Baumwollbinden. Eine Verbindung der Wunde mit dem Körper ist unter allen Umständen zu vermeiden. Sie dürfen nicht angesetzt werden, sondern man muss auf Aufzehrung der Kleidungsstücke durch die Quetschwunde aufmerksam sein.

Bei einem Röntgenfall, der in der Eile und aus dem Stegreif selbst ausgerichtet werden muß, ist es nötig, daß mit einfachen Dingen zu helfen, welche der Mensch mit sich

führt oder unmittelbar zur Hand hat. Oft ist es nötig, einen Verband anzubinden, wie ihn der Augenblick gibt. Beim schmerzhafsten Beinbruch kann man z. B. als Stützschlinge einen Stiel oder einen Regenschirm verwenden, welchen man an das gebrochene Bein mit Hosenträgern oder Büchern feststellt, oder indem man das verlegte Bein an das gesunde anbindet. Ein Stoffverband für den gebrochenen Arm läßt sich dadurch improvisieren, daß man die gebrochene Extremität an den Stumpf anlegt, den Rock nach oben umschlägt und mit einigen Sicherheitsnadeln wie ein Armstüttuch (eine Mitello) feststellt. Jedes Stück Holz, Pappe oder Bandseilen, welches einigermaßen geeignet ist, läßt sich zur Schiene biegen und benutzen; ebenso kann man Halme zu Bindeln von 4 bis 6 Centimeter Dicke zusammenbinden und im Notfall als Schiene gebrauchen, oder mit einer aus Halmen gestochtenen Matte wird ein gebrochenes Bein ganz eingehüllt oder breit geschiert.

Liegt der Verletzte noch unter den Rädern, so muß das Hin- und Herbewegen des Wagens vermieden werden. Ebenso ist beim Anheben durch Zwischenlügen von Holzklöpfen dafür zu sorgen, daß der Wagen nicht wieder auf den Verletzten zurückfällt. Geht der Unfall mit einer Gasvergasung oder Einwirkung elektrischen Stromes einher, so daß der Verletzte bewußtlos ist, so muß sofort mit der Wiederbelebung durch künstliche Atmungsbewegungen, die jeder Nächsteinstehende ausführen können sollte, begonnen werden, und diese künstlichen Atmungsbewegungen müssen stundenlang fortgesetzt werden, bis entweder die Atmung ihren geregelten Gang wieder aufgenommen hat oder sichere, durch einen Arzt festgestellte Todeszeichen weitere Hemmungen zugelassen lassen. Bei Bestellung eines Rettungsdienstes aus dem elektrischen Stromkreis muß die Leitung spannungslos gemacht werden; solange dies nicht der Fall ist, darf man den Rettungsdienst und dessen Kleider nicht mit bloßen Händen berühren, weil sonst der Helfer ebenfalls vom elektrischen Strom getroffen werden kann. Die Hände des Helfenden müssen durch trockene Handschuhe oder Tücher geschützt sein. Die Bewußtlosen sind an die frische Luft zu bringen, von beengenden Kleidungsstücken zu befreien und bei gerötetem Gesicht mit dem Kopf erhöht und bei blauem Gesicht mit dem Kopf tief zu lagern; Flüssigkeiten darf man Bewußtlosen nicht einflößen. Dagegen kann durch Bürsten der Fußlohlen, durch Riekheln der Nase mit einer Feder oder durch entsprechende Riechmittel, wie z. B. Senföl, der Rehungsversuch gefördert werden. Bei Brandwunden ist vor allen Dingen die Möglichkeit jeder Infektion zu vermeiden, wie z. B. durch Anfassen der Wunde mit den Händen, durch Berühren der Wunde mit nicht leimfreien Gegenständen oder durch Öffnen der Brandblasen. Der Verbrannte soll so warm wie eben möglich gehalten werden und schnellstens in ärztliche Behandlung kommen.

Die beste Hilfe und erste Hilfe gegen Unfälle ist die Unfallverhütung. Die sorgfältige und richtige Berufsausübung kann im Verein mit der planmäßigen Förderung der ersten Hilfe bei Unfällen wertvolle Arbeit leisten zum Nutzen der Volksgesundheit.

## Ein Mittel gegen Frostbeulen.

Trotz der warmen Winter, welche wir nun schon seit einer ganzen Reihe von Jahren erleben, kommen besonders bei Winterportlern doch immer wieder Frostschädigungen vor, die den davon Befallenen durch den starken Judenritz mitunter bis zur Verzweiflung belästigen können. Man wünscht sich daher immer wieder ein Mittel, das mit absoluter Sicherheit wenigstens dieses heftige Juden einnimmt und größere Frostbeulen zum Heilen bringt. Daß es noch fehlt, zeigt die ungeheure Menge der angebotenen Salben und Tinturen.

Die einzige tatsächlich erfolgsversprechende Behandlung gegen dieses Frostschadens war bisher das Abreiben mit Schnee oder Eis. Diese Methode kann durch keine auch noch so gut erscheinende Salbe oder ein besonderes Pflostereis ersetzt werden. Wir sind aber imstande, mit Hilfe unseres modernen Arzneimittelshaus auch in der wärmsten Jahreszeit eine Bereitung oder erneute oberflächliche Gestierung des geschädigten Körperteiles vorzunehmen.

Zu diesem Zwecke kann man nämlich sehr gut das Chlorathol benutzen, welches jedem, der einmal eine kleine Operation unter örtlicher Betäubung — etwa die chirurgische Behandlung einer kleinen Blutvergiftung — durchgemacht hat, bekannt ist. Das auf die Haut aufgesprühte Chlorathol verdunstet nämlich so schnell, daß die darunter befindliche Haut augenblicklich gestiert und gesäßlos wird.

Die Störung, die ja zu jeder Verdunstung nötig ist, wird in diesem Falle aus der Haut und der umgebenden Luft leichter erzeugt. Eine kurze Bereitung genügt schon, um das lebende Inden zu bannen, was vielleicht mit einer gründlichen Durchströmung des den Reiz leitenden Nerven zu konkurrieren scheint. Die Erfolge sollen auch bei hornähnlichen Fällen sehr befriedigend sein; allerdings handelt es sich nur um die Behandlung leichter Frostschäden, wie Frostbeulen,

## Soll man Kindern Zucker geben?

Man hat oft versucht, die Oter der Kinder nach Säften zu erklären; es scheint sich dabei um den Fleiß eines Kindes zu handeln. Der Mensch ist ja, wie man aus seiner Entwicklung erkennen kann, ein Früchteesser gewesen. Früchte werden die ersten Nahrungsmittel gewesen sein, die dem Kinde des Urmenschen nach seiner Entwöhnung geboten worden sind. Erst der erwachsene Urmensch wird gelegentlich oder aus Not zum Genuss animalischer Nahrung gekommen sein. So wird man die Oter des Kindes noch Säften als instinktähnlichen Anklung an ferne Zeiten anschenken dürfen, als süße Früchte seine erste und hauptsächlichste Nahrung waren, die auch infolge ihres Vitamin- und Mineralstoffgehaltes für Kinder natürlich und am zweckmäßigsten erscheint. Zwischen den süßen Früchten als zweitmäßige Kindernahrung und dem heutigen weißen Zucker, den die Kinder begehrn, liegt aber eine gewaltige Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie. Kein Nahrungsmittel ist raffinierter von der Technik behandelt worden als gerade der Zucker. Die Scheu, den Kindern in größeren Mengen Zucker zu geben, ist daher wohl berechtigt, und jede Mutter wird wohl ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie ihren Kindern allzu häufig und freigebig die Zuckerdose zur Verfügung stellt. Denn das ist schon Allgemeingut der Erkenntnis geworden, daß der weiße Zucker in großen Mengen den Kindern höchst schädlich ist. Jeder weiß, daß die Zahnsäule besonders stark auftritt, daß der Zucker sauernd wirkt.

Die Gründe für die Schädlichkeit des Zuckers liegen in seiner starken Nasszucker. Der Zuckerrübensaft wird mit Kali behandelt, damit alle Beimengungen der reinen Zuckersubstanz ausfallen und nur der reine kristallinische Zucker übrigbleibt. Nun sind aber in dem Zuckerrübensaft außer verschiedenen Zuckerkorten auch Mineralstoffe vorhanden, die zum Aufbau des Körpers ganz besonders wichtig sind, wie Kali, Magnesia, Kali und Natron. Diese Mineralstoffe sind auch sonst im Körper von Wichtigkeit, weil sie einer Übersäuerung des Blutes vorbeugen, und weil die Tätigkeit der lebenswichtigen Vitamine erst durch einen Gehalt an basischen Mineralstoffen ermöglicht wird. All diese wichtigen Stoffe werden aber dem Rohzucker künstlich entzogen, und es bleibt nur der reine Süßstoff erhalten. Es ist ohne weiteres klar, daß ein derartig raffinierter Zucker etwas ganz anderes ist als der Zucker, den uns die Natur in süßen Früchten oder auch im nichtraffinierten Rübenzuckerlasse bietet. Während dieser mineralstoffhaltig und als ein äußerst wertvolles Produkt für die Ernährung anzurechnen ist, ist der reine weiße Zucker dem Körper in größeren Mengen schädlich. Einen Beweis dafür liefern die schwarzen Eingeborenen in Centralamerika, die den Zuckertörnchen roh, d. h. nichtraffiniert, genießen und sich eines ausgezeichneten Gebisses erfreuen, während die höherstehende weiße Bevölkerung beim Genuss von raffinierter weißer Zucker von denselben Zahnsäuden befallen wird wie in Europa. Noch ein weiterer Grund für die ungünstige Wirkung des von Mineralstoffen befreiten weißen Zuckers liegt in dem beim Raffinieren erfolgten Abreihen kleiner Mengen von Metallen, die der Rohzucker enthält, und die im Körper eine hochwichtige Rolle spielen.

Dr. med. G. Bildgraf.

## Praktische Ratschläge.

Wenn ein Fremdkörper verschluckt ist, was tun? Stecknadeln, Nägel, Knöpfe werden mit den Lippen gehalten und können dann leicht beim Sprechen oder Lachen verschluckt werden. Glassplitter, Fischgräten, kleine Knochenstückchen beim Essen können denselben Weg gehen. Man gibt Kartoffelbrei, um die harten und spiky Gegenstände einzuhüllen, oder läßt harte Brotrinde laufen oder ein rohes Ei schlucken. Auf keinen Fall Abschürfmittel.

Ist der Gegenstand noch im Halse, so kann man versuchen, ihn mit den Fingern zu erreichen; ist es eine Münze, wie häufig bei Kindern, so versuche man, das Kind mit dem Kopf abwärts an den Füßen zu halten und gebe ihm einen leichten Schlag auf den Rücken zwischen die Schultern. Mislingt der Versuch, so kann man in diesem Falle, bei einem runden Gegenstand, Rizinus geben.

Wenn ein Fremdkörper unter die Haut geraten ist, Holzsplitter, abgebrochene Nadeln usw., so fasse man, falls noch eine Spalte herausragt, ihn mit einer Pinzette und ziehe den Splitter heraus. Bei tieferem Sitzen muß der Arzt hinzugezogen werden. Nadeln wandeln zuweilen im Körper weiter.

Wenn ein Fremdkörper im Rektalpolpos oder in der Lufttröhre steckt, so ist, falls die Herausforderung durch Husten nicht gelingt, baldigste instrumentale Entfernung durch den Arzt erforderlich. Bei eingeklemmten Fremdkörpern können oft in der Lufttröhre und den Bronchien, ihren Verzweigungen, längere Zeiten verweilen, ohne zu töten; aber auch dann müssen sie unbedingt entfernt werden, da früher oder später schwerere Entzündungen eintreten können.



# Unterhaltung und Wissen



## Der gelbe Pfeifenclub.

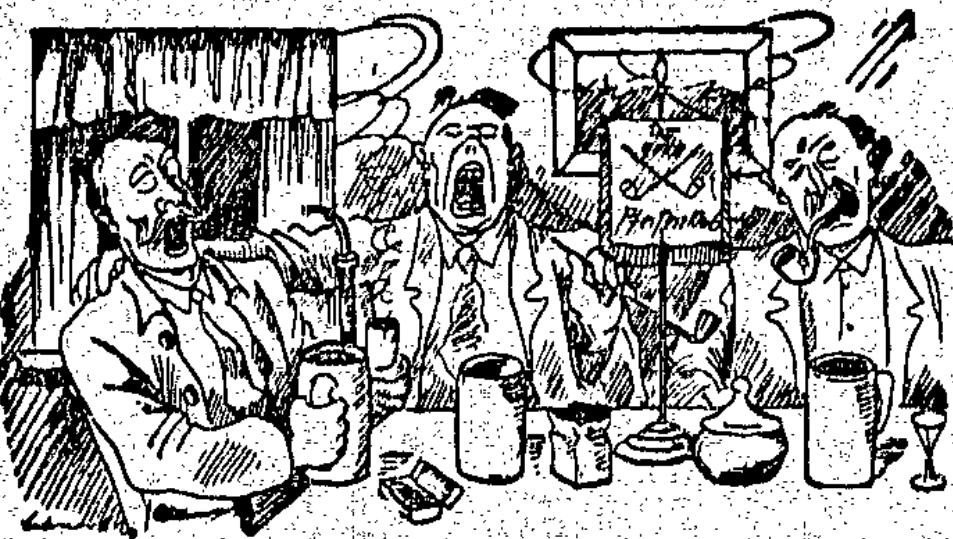
Bon Ludwig Pratsch.

In Knoblauchhausen sind die Arbeiter arg brav. Der Bürgermeister und der gesamte Stadtrat, Hobelbank und Bahnbeamter nochmal, sind die stolz auf die eingeborenen Arbeiter. Ja, unsere Holzwürmer, kreuzbrave Kerle sind's und ruhige Staatsbürger freuen sich der Polizeigeneral, und sein Schreiber fechter Hand sagt mit seiner stadtbekannten Sauerbrautstimme: „Se, se, schon, aber die Auswärtigen...“

„Was heißt Auswärtigen? Sind doch lauter fleißige Leute, haben sich hier lebhaft gemacht, lassen unsereins auch leben...“, stellt der Allerhandträumer fest.

Die Auswärtigen, das sind die, welche... Nun ja, sie halten fest am Holzarbeiter-Verband, und wenn einer von denen dem heiligen Georg begegnet, geht der heim und macht dreimal ein Kreuz. Der Georg, das ist der Kirchendiener. Und die, welche von auswärts kamen, das sind die Umstädter, die roten Himmelsakramentssozi.

Geschichte, grundgescheite Leute sind aber die eingeborenen Männer von Knoblauchhausen dennoch. Das beweist die Gründung eines Pfeifenclubs. Da geht es recht harmonisch her. Bundeslied ist der Bürgerordnungchoral „Zufriedenheit“, der vom Pfarrer komponiert und vom Oberlehrer eingeschworener wird, und zwar so, daß vorbeigehende Bürger glauben, in dem Probeklopf der Pfeifenclubbrüder wird eine Bauernkirchweih eingebläut.



Während also die ordnaten Bürger von Knoblauchhausen sich über die Sache lustig machen, nimmt der Fabrikbesitzer, der von Holz, die Angelegenheit sehr ernst. Er lobt die Pfeifenklubleute und macht sie bei ihren toten Kameraden dadurch verdächtig, weil er für die Pfeifensuppe 300 Märkte stiftet. Was der brave Fabrikant und seine gottgewollten Ordnungshelden noch alles anstreben, wird erst so nach und nach unter den Belegschaften bekannt. Und den Pfeifenschmähern blüht eine neue Ehre. In der ganzen Stadt, oder besser gesagt im Städte, geht es auf und ab mit der Rede: „Knoblauchhausen hat nun einen gelben Pfeifenclub.“

Wer so viel Phantasie und Gehirnschmalz hat, daß er sich vorstellen kann, wie aller gesalbter, geölter und ordnungslebender Segen auf die Pfeifenbrüder herniederräuselt, der ist gleich im Bilde. Und es ist ein herrliches Bild. Ein Vollwert gegen den roten Umsturz, wie der Görgla, der Kirchendiener, gelegentlich seiner staatverhältnenden Hintertreppeagitation unterorgelt. Er sagt, der sanfte Görgla, dir toten Brüder werden ob der Entwicklung des gelben Pfeifenclubs blau und grün vor Angst. Dieser farbenreiche Zustand wird vom Gendarmeriekommandanten schwarzweißrot eingehämt; aber es sind Wasserfarben, die halten nicht, und darum gibt der Zwiebelaugust seinen Rat her und lacht: „Herr Schondarmeriegeneral, nehmen Sie halt die Farben Schwarzkrotgold, die Mischung hält, hahaha, weil's übertränkt ist, hohohoh!“

Man sieht sich vor: 80 Prozent der Arbeiter sind rot, die übrigen 20 Prozent gelb. Witten hinein in die zitronengelbe Harmonie zwischen Kapital und Arbeit fällt die Stunde, allwo die herzerhebende Nachricht durch die Betriebe rollt: Der Großfabrikant stiftet für den gelben Pfeifenclub ein Banner. Sofort stecken die toten Maulwürfe ihre frechen Schnauzen zusammen, und der mit dem größten Kauwerkzeug behauptet bodstein und gradaus: „Kollegen, aufgepasst, da stimmt was nicht, da ist was vorbereitet! Kameraden, an den Pösten, bedenkt, das... wir haben eine Lohnforderung eingereicht. Also, Achtung...!“

Die Rede geht im gelben Pfeifenclub rum, weil der Bogenheimer von den Roten sagt: „Ich riech was, es liegt in der Luft, die Herren wollen uns raus haben... Auspfernen woll'n ja a bibla.“ Darum sagen die harmlosen geduckten, heuchlerischen Zitronenfalter: „He? sind das Verleumder und Schleichtmacher... unsere Unternehmer wollen so was gar nicht...“ Zum Beweis dafür sperren die Unternehmer von Holz und Palen, von Leim und Sägespäne acht Tage später alle Arbeiter und Angestellten mitamt dem ganzen Anhangsel von Hilfsarbeitern aus, sogar die sonst so gesetzten Allerhand-Herrigassen liegen raus. Ohne Gnade.

Unter solchen Umständen bringt der gelbe Pfeifenclub keinen Dampf mehr her. Eine Abordnung der gelben Schwabenschwänze rutscht so bald und hast im Kontor vor

dem Herrn auf dem Hobelbauch rum. Umsonst. Ganz zwecklos. Der Herr steht fest wie ein hölzerner Fels und gibt die Rede von sich — mit Echo — die Rede: „Um, em, he, tut mir leid, aber... unerschütterlicher Beschluss... ah... unserseits lautet... um, em... tja... alles raus aus unseren Betrieben... aus unseren Betrieben!“

Hinterherum winselt eine gelbe Kreatur: „Aber, Herr... wir vom gelben Pfeifenclub... wir sind die Betriebsfreunde... treu wie der Hund... wir...“ Der Herr gebietet: „Winseln hat keinen Zweck, und wer bellt, kriegt... ah... die... ah... übrigens: ich überweise dem Pfeifenclub aus freien Stücken... werkt das... hundert Mark... gut'n Tag.“



Das ist an diesem Abend ein Jubelfest bei den Gelben. Im Sandumdröhnen ist die hochherzige Stiftung des noblen Fabrikanten in Spiritus verslogen. In der fehlenden Begeisterung hält einer den anderen für einen Macher, der Klebefinger hat. Am anderen Tag gibt es beim gelben Pfeifenclub ausgebrannte und mit eingedroschenen Löchern veredelte Pfeifenlöpfe. Der Samariter hilft nach.

Nun gehen Wochen dahin. Bei den Gelben steht es überall kahnsämmelich aus. Anschmackereien beim Unternehmer werden verhöhnt und verspottet. Wegen eines kleinen Bruchells läßt der Herr den Betrieb nicht laufen. Also, draußen bleiben! An den Gelben liegt den Fabrikanten sowenig wie dem Feldherrn am Leichenraubgesindel, aber die Roten sollen gerümt werden, die Roten. Aber schaut nur hin, die frechen Burschen rutschen beim Streitpostenstehen ganz gemütlich ihre Pfeifen, während beim gelben Pfeifenclub schon lange der Tabak ausgegangen ist. Also darf so ein Pfeifenschmied auch einmal seinen Klopfen mit totem Tabak stopfen.

Bei dieser Gelegenheit fragt der gelbe Häuptling: „Sag' mal, Kamerad, borgt euch der Krämer, der Wirt, der Bäcker, der Metzger auch keinen Nickel mehr? Uns vom Klub borgt kein Mensch was.“

Da sagt lachend der rote Oskar: „Borgen?..., haha... borgen? Zu was sollen wir ausschreiben lassen? Wir tragen am Wochenende unsers Unterstützung; das langt die Woche durch.“

Der Oberzitronenfalter wird um einen Stich gelber und wundert sich: „Persegen, ich meine Betten, Möbel, Kleidungsstücke, Uhren, also Schmuckstücke, braucht ihr nicht ins Leihhaus bringen, als Pfänder, damit ihr etwas Geld in die Finger kriegt?“

Nun nimmt der Oskar seinen großen Lacher: „Mensch, ha-haha, bist du verrückt?“

Darauf der andere: „Ja, wo kriegt ihr dann Geld her zum Leben...?“

„Einfältiger, Kleinmütiger... aus unserer Sparkasse!“ lacht der Verbändler.

„Sparkasse, wo habt ihr eure Sparkasse?“ sagte erstaunt der Gelbe.



„Unser Verband ist unsere Sparkasse“ erklärte Oskar. „Könnte man da nicht...“ sagte verlegen der andere.

„Ja, da könnt ihr alle... nach der Ausperrung... geht zur Streileitung... von den allgemeinen Sammelgeldern sollt was ab.“

Der Gelbe geht und handelt. Damit bricht er aber dem gelben Pfeifenclub das Rückgrat. Das gelbe Kartentheater fällt ein. Morgen werden die Trümmer weitauswendig verstiegt. Wer was davon haben will, der geht rechtzeitig. Die Sache eilt, denn sie steht schon ganz bedenklich.

## „Künstliche Wirbelwinde“, eine neue furchtbare Luftwaffe.

In Dänemark macht die Militärbehörde seit einiger Zeit Schleifversuche mit einer „Tornado-Kanone“, einer Erfindung eines dänischen Ingenieurs Arnold Christensen, die eines der furchtbarsten Abwehrgeschütze der Luft zu werden verspricht. Die „Tornado-Kanone“ schießt nämlich nicht mit Riegeln, deren Treffsicherheit nur gering ist, sondern mit Luft oder mit Gas. Die furchtbare Wirkung dieses Luftgeschosses besteht darin, daß die Kanone die Fähigkeit hat, Luftwinde oder Tornados zu erzeugen, die sich in der Luft unsichtbar immer mehr ausbreiten und alle sich dem Luftwinde nähern. Flugzeuge durften in das sichere Verderben reisen, weil die Flugzeuge durch diese künstlichen Tornados, die dem Flieger unsichtbar bleiben, und deren Vorhandensein er nicht ahnt, vollkommen zerstört werden. Wenn um eine Stadt eine genügende Anzahl von Tornado-Kanonen aufgestellt wird, so können aus diesen Kanonen eine Unmenge von wirbelnden Luftküulen in die Höhe geschleudert werden, die sich eine große Zeitlang in der Luft halten und das gesamte Luftfeld in weitem Umkreis für alle Flugzeuge zu einem Katastrophenfeld gestalten.

Wenn an Stelle der Luft tödliche oder betäubende Gase benutzt werden, dann muß die Wirkung nicht nur auf die Flugzeuge, sondern auch auf die Flieger eine entsetzliche sein. Es wurden einige drahtlos gelente Flugzeuge in Luftwinde geschickt, und trotzdem es sich um sehr stabile Apparate handelte, die von dem Beobachterposten aus tadellos geflogen werden konnten, wurden sie durch die Tornado-Wirkung der Luftabwehrkanonen vollkommen in Fetzen gerissen, so daß nur noch die ganz massiven Eisenteile herunterfielen. Es war weder möglich, die Flugzeuge in den Luftwinde zu lenken, noch sie in sicherer Fahrt zu halten, sondern sie wurden wie im schwersten Seesturm gleich einem Spielball hin und her geworfen, und die Tragflächen zerbrachen wie Strohhalme, so wie sie nur das Bereich des Windturms berührten. Es ist noch gewiesen worden, daß die Flugzeuge fast durch die Gewalt dieses Wirbels vollkommen zerissen werden würden.

## Kirchenfürsten und die Mode.

Der Erzbischof von Vila, Kardinal Wolff, wendet sich in einem Hirtenbrief an die katholischen Frauen Italiens, in dem er die heutige Mode auf das strengste verurteilt. Es fordert auch alle Männer auf, Frauen, die allzu modern gekleidet sind, zu vorwählen, wo sie ihnen begegnen. So soll ein Herr nach der Meinung des Kardinals sich weigern, einer Dame die Hand zu geben, wenn sie ihm einen nackten Arm entgegenstreckt. In Läden, in denen die Verkäuferinnen kurze Röcke tragen, soll nicht gekauft werden. Außerdem soll man sich weigern, sich in der Öffentlichkeit neben einer Frau zu setzen, die zu tief ausgeschnitten ist. Der Kirchenfürst hofft, daß die Frauen auf diese Toiletten verzichten werden, wenn ihnen die Männer deutlich zeigen, daß sie jede Entblößung verabscheuen. Der Kardinal verlangt des weiteren, daß Schulmädchen, die so kurze Röcke tragen, daß die Arme zu sehen sind, von den Lehrerinnen aus der Schule gewiesen werden. Der Erzbischof und die Bischöfe von Genua haben kürzlich Hirtenbriefe erlassen, in denen die Mitglieder ihrer Gemeinden feierlich vor jeder Unsittlichkeit gewarnt werden, die ihnen in der Literatur, beim Film, im Rundfunk und beim Sport entgegentritt.

Die Ansicht über das, was „sittlich“ ist, ist dem Wandel der Zeit unterworfen, und die Mode ist eine Macht, gegen die auch die Kirchenfürsten vergeblich kämpfen.

## Gerüche, die Bazillen töten.

Das Material, das zum Polstern von Möbeln und Wegen verwendet wird, ist nicht immer von Bazillen frei, und man hat sich in jüngster Zeit damit beschäftigt, die dadurch gegebene Infektionsgefahr auszuschließen. In England ist man nun auf den Gedanken gekommen, gewisse Pflanzen dabei zu verwenden, durch deren Gerüche Bazillen getötet werden. Der Geruch des Klees tötet Bakterien in 35 Minuten. Endophytische Bazillen werden durch eine Jimmessenz in 12 Minuten vernichtet. Auch Thymian und Geranium erwiesen sich als sehr nützlich. Durch Verwendung dieser Pflanzen beim Polstern hat man es erreicht, daß die gepolsterten Möbel vollkommenbazillenfrei sind.

## Erschaffung ist alles.

Teuere Arznei hilft immer, wenn nicht dem Kranken, so doch dem Apotheker.

Im Becher ersauft mehr als im Meer.

Sollten alle Ehebrecherinnen graue Röcke tragen, so würde das Tuch teuer.

Man findet manchen Esel, der nie Säcke trägt.

Feuer im Herzen bringt Rauch in den Kopf.

Wer zwischen zwei Freunden Richter ist, verliert den einen. Es lag schon mancher ein Füllen auf, das ihn selbst verschienbein schlug.

## Gewerkschaftsbewegung

### Josef Diermeier gestorben.

Am 4. Februar ist in Hamburg der Vorsitzende des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, Josef Diermeier, plötzlich an den Folgen einer Bruchoperation gestorben. Diermeier war von Beruf Bäcker. An der Spitze seiner Berufsorganisation stand er seit dem Jahre 1918. Den Kampf der Bäckerarbeiter gegen die Durchlöcherung des Nachbachverbots führte er an vorderster Stelle, auch um die Pflege der internationalen Beziehungen der Bäcker hat er sich große Verdienste erworben. Das plötzliche Hinscheiden Diermeiers, der nur ein Alter von 52 Jahren erreichte, bedeutet für seine Organisation einen schweren Verlust.

### Friedenspflicht und Haftung für Streitschäden.

In der Frage der Haftung der Gewerkschaftsangestellten für Streitschäden hat das Reichsgericht am 20. Dezember 1927 eine wichtige Entscheidung gefällt. Es handelt sich um den Kampf im sächsischen Bergbau im Mai 1924. Damals war einer jener üblen Schiedssprüche gefällt worden, durch welchen die Bergarbeiter auch über die Gestaltung Zeit des früher von ihnen getroffenen Mehrarbeitsabkommens gezwungen werden sollten, länger zu arbeiten. Die Bergarbeiter schauten den Schiedsspruch ab und beschlossen, vom 2. Mai an nur die tarifliche Arbeitszeit einzuhalten. Von der am Tage zuvor erfolgten Verbindlicherklärung des Schiedsspruches erhielten die Gewerkschaften erst am 2. Mai Kenntnis. Deren Bezirksleiter taten alles, um die Arbeiter von der Rechtslage zu unterrichten. Trotzdem erfolgte in vielen Fällen die Ausfahrt nach Ablauf der tariflichen Arbeitszeit. Die Unternehmer verlangten von den Gewerkschaften, auf die Belegschaften einzutwirken, daß sie den Schiedsspruch respektierten, gleichzeitig begannen sie aber mit Ausportungen, woraus sich ein mehrere Wochen währender Kampf entwickelte.

Nach Beendigung des Lohnkampfes erhob das Steinkohlenbergwerk Kästner u. Co. Klage auf Schadenerstattung. Die Klage richtete sich gegen den Bergarbeiter-Verband, den christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter, den Metallarbeiter-Verband und den Verband der Maschi-

nisten und Heizer sowie gegen die Bezirksleiter dieser Verbände. Der Prozeß gegen die Gewerkschaftssekretäre ist jetzt vom Reichsgericht endgültig erledigt. Die lagende Firma ist abgewiesen worden. Der Prozeß gegen die Gewerkschaften schwiebt noch.

Die erste Instanz, das Landgericht Zwickau, hatte die Klage gegen die Gewerkschaften abgetreut und die Gewerkschaftssekretäre zum Schadenerlass verurteilt. Das Oberlandesgericht Dresden hat dieses Urteil aufgehoben. Es sagt, ein Streit ist sittenwidrig, wenn eine Verleugnung der Friedenspflicht vorliegt. Die Friedenspflicht obliege aber nur den Gewerkschaften bzw. den sähungsmäßig mit ihrer Vertretung beauftragten Organen. Dazu gehören die Bezirkssekretäre nicht, sie haben nur den Gewerkschaften zur Erfüllung der örtlichen Verbandsaufgaben als Gehilfen zu dienen. Das Reichsgericht hat die von der lagenden Firma eingelegte Revision zurückgewiesen, also das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt. Das Reichsgericht sagt, die Gewerkschaften seien verpflichtet gewesen, in Betätigung ihrer tarifvertraglichen Friedenspflicht mit allen Kräften auf die Beendigung des Streits hinzuwirken und alle zu seiner Förderung geeigneten Maßnahmen zu unterlassen. Von den beklagten Bezirksleitern sagt das Reichsgericht, daß sie dem Sinn und Geist der Schlichtungsordnung zuwider gehandelt hätten, als sie die Arbeiter in ihrem tariffeindlichen Tun unterstützten. Aber für sie hätten keine vertraglichen Pflichten bestanden, da sie nicht Parteien des Tarifvertrages waren. Sie waren auch überzeugt, daß die verkürzte Arbeitszeit wirtschaftlich berechtigt sei. Wenn sie nach Ausbruch des Kampfes den Mitgliedern Beifall leisteten und sie zum Ausharren anfeuerten, konnten sie die guten Sitten nicht verscheren, denn das auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Ziel war nicht unsittlich.

Die Klage gegen die Bezirkssekretäre ist also vom Reichsgericht zurückgewiesen. Es wäre aber irrt, wollte man das Urteil als vom gewerkschaftlichen Standpunkt erfreulich bezeichnen. Aus der Begründung des Urteils darf mit großer Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß die nun laufende Klage des Unternehmers gegen die Gewerkschaften erfolgreich endet und die Gewerkschaften zum Schadenerlass verurteilt werden. Es handelt sich hier um eine der formalen Rechtsgleichheiten, die praktisch ein Unrecht gegen die Arbeiter sind. Die Verleugnung der Friedenspflicht auch

hinsichtlich eines aufgezwungenen Tarifvertrages verpflichtet zum Schadenerlass. Der Unternehmer kann sich aber im gegebenen Falle leicht den Verpflichtungen aus einem unverquemen Schiedsspruch entziehen, für eine Schadenerlassklage bleibt er unreichbar. Das angebliche "gleiche" Recht will sich nur einseitig gegen die Gewerkschaften aus. Recht und Gerechtigkeit sind in Deutschland durchaus keine gleichbedeutenden Begriffe.

## Bücher und Zeitschriften

**Gewerbelunde der Holzbearbeitung.** Für Schule und Praxis. Von Studienprofessor und Oberinspektor J. Großmann. 1. Band: Das Holz als Rohstoff. Dritte, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 111 Textabbildungen und 1 Karte. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Kartoniert 3,80 M. — Großmann behandelt in der auf der Grundlage der heutigen Wirtschaftsverhältnisse bearbeiteten Neuauflage all das, was für den Unterricht der Fachschule von Wichtigkeit und für die Weiterbildung im praktischen Beruf wissenschaftlich und pädagogisch ist. Die neuen praktischen Erfindungen und wissenschaftlichen Ergebnisse auf dem Gebiet der Holzbearbeitung wurden berücksichtigt und neue Abbildungen hinzugefügt.

**Illustrierte Geschichte der russischen Revolution.** Von dem Werk, das auf 20 Lieferungen berechnet ist, liegen jetzt die Hefte 13 bis 16 vor. Preis des Heftes 40 Pf. Verlag: Deutscher Universal-Verlag (Willi Münzenberg), Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48.

**Die politische Macht des Alkoholkapitals.** Von Kurt Baumann. Verlag: Deutscher Arbeiter-Universal-Verlag, Berlin SO. 16. Engelstr. 29. Preis 10 Pf.

**Freiheits- und Arbeiterliederbuch** zusammengestellt von August Abrecht. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61. Preis 40 Pf. — Das Büchlein enthält etwa 100 Liedertexte von bekannten Arbeiter- und Freiheitsliedern.

**Arbeiter-Sprachzeitung.** 3. Heft. Herausgegeben von H. Fuchs, Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins. Außer den Abschritten „Französisch für Vorgehörtene“, „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Vorgehörtene“ enthält das dritte Heft den Abschnitt „Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache“. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahrssonnement (3 Nummern) 1 M. — Bestellungen sind zu richten an die Parteibuchhandlungen oder an die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W. 57, Ziethenstraße 6a.

**Züchterischer Vorarbeiter bzw. Beiz- und Poliermeister,** vollkommen vertont mit der neuen Beiz- und Poliertechnik möglichst mit 3 bis 500 M. Sattescheinlage von gut bedienter, mittlerer Hobelschärfe in der Nähe von Mühlhausen in Thüringen sofort geziert. Offerten unter „Nr. 105“ an den Verlag dieser Zeitung erbeten.

**Gehucht** wird der Tischler August Neumann, geb. 24. August 1866. Buchdrucker A. 467-40. Adresse bitte an die Hermannsfelle Schärmann.

**Wer weiß** den Lieferschrank des Schreiners Georg Wirth aus Heidelberg (Baden). Rücksicht erbatet seine Schwester, Frau Anna Schwab, Dresden-L. Berliner Straße 37.

**Worstellung für Tischler** nach Witterstrahlen am Heraus. Rücksicht erbatet seine Kunden, die nach ihrer Umfrage halten wollen, müssen sich vorher bei der Orientierung erkundigen, bevor ihnen eine Erziehung erwartet wird. Beratungsstelle: Rosenthal.

**Sicht-Stuhlfüller** für Sicht-Stühle, die Sichtarbeiter gebraucht. Offerten unter „Nr. 104“ an den Verlag dieser Zeitung.

**Bierfont-Drehziller** für Bierfont in der Sicht-Brau. Düsseldorf in Südw. 1000.

**Schleifmaschine** mit verbesserten Schleiftechniken und Präzisionsanordnung, gehärtete Zahnräder, Preis pro M. 250 Mk. einschl. Versandung. Preis jed. Schalen Max. Walther, Dresden 22.

**Hobelbänke,** la. Qualität südfranzösische Asbestz. Bkt. u. Gestein, z. trocken bearbeitung 300 cm. Längen, mit Stahlunterlage zum Kostenpreis von 95 Mk. mit Verpackung für jede Station. Abholungen gratis. Werkzeugprospekte gratis. Mit Briefmarken Max. Walther, Dresden 22. Schleuder Straße 51.

**Gegeben erläutert:**  
**15 Schlafzimmer** der Gegenwart.

Zusammenfassung dargestellt aus einer reichen betriebslichen Quelle, als Ratgeber gezeigt.  
F. Dr. B. Hans Herzog  
Preis 5. Mark  
Büro für Betriebsberatung  
Düsseldorf-Berghausen,  
K. 2. 2. Berlin SO. 16.

**Intarsien jeder Art** Musterbogen, geg. 50 Pf. 1. Briefmarken, E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 7.

**Tonführungen** für Musikapparate zu 4,50,- bzw. S.- Mk., sowie sämtl. Zubehör. Reinh. & Röhrlein, Überleiterheim (W. Götting).

**Tischlerschule** Blankenburg am Harz. Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenausbau. Preis für 8 M. 100.

**Engl. Bildhauer-Werkzeuge** Verlangen Sie solche neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten.

Otto Bergmann,  
Berlin-Lichterfelde-West.

**Kanisserie- u. Wagenbauschule** Moabit. Anbildung zu Meisters-Kastenmätern und Technikern. Lehrwerkstätten für Auto- u. Karosseriebau. Prospekt gratis.

**Leim- u. Furnieröfen** fertig als Vorrichtung. Prospekt gratis. Gebr. Seifinger, Freiburg, 3.1.

**Hobelbänke** in Qualität Bkt. besser ged. Roth-Eisensp. samt Größ. 2 m 12, 75 Mk. Karl Rümisch, Pirna, Gitterstr. 4.

**Büffeldecken** Bettfedern auf reine, gesättigte Sorten. — Ein Kilo grasse geschlossene 4 Mk. halbwoll 4 Mk. weiße 5 Mk.

bessere 6 Mk. 7 Mk. dauerweich 8 Mk. 10 Mk. beste Sorte 12 Mk. 14 Mk. welche eingeschossen 7,50 Mk. 9,50 Mk. beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei zuliefer gegen Nachnahme. Muster bei Linnemann und Rücknahme gestattet. Beweigt Sachsel, Linnemann Nr. 782 bei Passau. Böhmen.

**Für Bibliotheken!** 15. Auflage vom Almanach 1928. In erschienen! Bestellungen sind bei uns aufzugeben.

**Berlagsamt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** Berlin SO. 16. Am Kölla. Post 2.

## Der gebundene Jahrgang

## Sachblatt für Holzarbeiter

1927 ist erschienen!

**Preis 10 M.** Die Jahrgänge 1923, 1924 und 1925 kosten 8 M. für Mitglieder bzw. 7 M.; der Jahrgang 1926 wird zu den Bedingungen wie der Jahrgang 1927 verkauft. Alle früheren Jahrgänge sind ausverkauft.

**Einbandbeden für das Jahr 1927** und solche ohne Jahreszahl kosten 1,20 M. Für die Mitglieder unseres Verbandes 1 M.

**Berlagsamt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park Nr. 2.

**Sigaretten** ein feiner Genuss Zerorth 5 Pf. Thadmor 4 Pf. Arbeitersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEREIN

**Büffeldecken** Bettfedern auf reine, gesättigte Sorten. — Ein Kilo grasse geschlossene 4 Mk. halbwoll 4 Mk. weiße 5 Mk.

bessere 6 Mk. 7 Mk. dauerweich 8 Mk. 10 Mk. beste Sorte 12 Mk. 14 Mk. welche eingeschossen 7,50 Mk. 9,50 Mk. beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei zuliefer gegen Nachnahme. Muster bei Linnemann und Rücknahme gestattet. Beweigt Sachsel, Linnemann Nr. 782 bei Passau. Böhmen.

**Für Bibliotheken!** 15. Auflage vom Almanach 1928. In erschienen! Bestellungen sind bei uns aufzugeben.

**Jahrgang 1927** der „Holzarbeiter-Zeitung“

auf besserem Papier gedruckt und in Ganzleinen gebunden, liegt jetzt vor und wird zum Preis von 5.— Mark an die Verwaltungsstellen abgegeben. Bestellungen bitte sofort aufzugeben bei der

Berlagsamt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Kölla. Post 2.

**Musikinstrumente — Sprechmaschinen!** Direkter Versand ab Fabrikort. Schallplatten von I.M.C. an niedrige Preise! Reell! Umtausch gestattet! Kein Risiko! I.M.C. Hess. Nach. Stammpfabrik gegr. 1872. Klingenthal. I. Sa. 111. Gross Katalog gratis! 100 e. Dankeschön!

### WIREMPPEHLN:

### Die Materialien des Tischlers

von M. Göbel

Das Werk gibt Auskunft über Holzarten, Schreinerei und Farben-Händelshölzer; außerdem über Eisenstein, Knochen, Horn, Schildpatt, Bernstein, Perlmutt, Beize und Veredlung derselben, Farben, Leim, Spiritus, Schellack, Wasch-, Sepia, Wiener Rote, Bimsstein, Sandpapier, Schlammkreide, Seite. Die Preis 2 M.

**Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

**Kollegen!** Eine schwere Hobelbank, Blatt und Gestell, gedämpfte Buche, 2 Meter lang, mit Stahlspindel, Schub, saub. Bankhaken und deutscher Zangen, süddeutsche Art. 85 Mk. inkl. Verpackung. Katalog 0 Pf. Bauhütten-Betriebs-Verband Schlesien, Liegnitz, Gleiwitzer Straße 1.

**Lauferke für Sprechapparate - Gehäuse**

zum Selbst-einbauen  
bedst allem Zubehör

Preisliste gratis

(Doppelschnecken-Federwerk, 2 Stücke 30-cm-Platte spielend)

Mutter, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm. Teller-Tuchbezug, Nickel-Klapptügel, Tonarm, Aluminium-Schallplatte und Tonarmlünette, nur 26 Mark franks. — Versand per Nachnahme von

Robert Husberg, Neuenrade i. W. Nr. 10.

**Erstklassige Fahrräder eigener Erzeugung, Sprechmaschinen und Schallplatten erhalten Sie bei uns!**

Wir beschäftigen nur organisierte Arbeiter. Auf Wunsch gewähren wir Teilzahlung. Verlangen Sie bitte unsere Kataloge.

**Fahrradhause Frischau!, Offenbach a. M.** Eigentum des Arbeiter-Denkauer-Bundes „Solidarität“.